

Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg



Von der SED zur PDS (Januar bis März 1990)

Dokumente und Zeitzeugenberichte

Heft 1/ 2



Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg

Von der SED zur PDS
(Januar bis März 1990)

Dokumente und Zeitzeugenberichte

Heft 1/2

Impressum:

Herausgeber: AG Geschichte beim Landesvorstand der PDS

Zusammengestellt und bearbeitet: Dr. Ulrike Koch, Kurt Koopmann, Dr. Horst Maiwald, Wolfgang Preller, Christa Schneider und Wolfgang Thiel

Leitung: Dr. Gerlinde Grahn

Redaktionsschluss: Mai 2005

Technische Gestaltung: Reinhard Frank

Umschlag: Wahltour mit Gregor Gysi im Land Brandenburg

Foto: Liebe/ Archiv der PDS

Druck: Eigendruck der PDS-Landesgeschäftsstelle

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7
Abkürzungsverzeichnis	15
Zeitzeugenberichte	
Bernd Ebel, Aus seinem Diskussionsbeitrag auf der 1. Bezirkskonferenz der PDS Potsdam am 11. Februar 1990	17
Maritta Böttcher, Aus ihrem Diskussionsbeitrag auf der 1. Bezirkskonferenz der PDS Potsdam am 11. Februar 1990	18
Siegfried Fortun, Aus seinem Diskussionsbeitrag auf der PDS- Bezirksdelegiertenkonferenz Cottbus am 16. Februar 1990	20
Kerstin Bednarsky, Aus einem Interview vom 19. November 2002, Teil 2	21
Hans-Jürgen Akuloff, Aus einem Interview vom 23. und 27. Oktober 2004, Teil 1	22
Lothar Nicht , Alles von innen her besser machen	25
Dokumente	
Dokument 1	29
Die weiteren Aufgaben der Partei zur politisch-organisatorischen Neuformierung der Grundorganisationen (Auszug), Cottbus, 5. Januar 1990	
Dokument 2	30
Aus dem Bericht Roland Hücks über Untersuchungen zu Korruption und Amtsmissbrauch durch ehemals leitende Funktionäre der Partei- und Staatsorgane sowie der Wirtschaft an die 1. Bezirkskonferenz der PDS Potsdam vom 11. Februar 1990	
Dokument 3	33
Aus dem Diskussionsbeitrag von Heinz Vietze auf der 1. Bezirks- konferenz der PDS Potsdam vom 11. Februar 1990	
Dokument 4	33
Auszug aus der Rede Wolfgang Thiels auf der ersten Delegierten- konferenz der PDS des Bezirkes Cottbus am 16. Februar 1990	

Dokument 5	35
Aus dem Referat Bernd Meiers auf der 1. Bezirksdelegierten- konferenz der PDS Frankfurt (Oder) am 21. Februar 1990	
Dokument 6	39
Auszug aus dem Wahlprogramm des Bezirksvorstandes Cottbus der PDS zu den Volkskammerwahlen am 18. März und den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990	
Dokument 7	41
Schreiben des Vorsitzenden des PDS-Bezirksvorstandes Potsdam Heinz Vietze an den Leiter des Wahlbüros beim Parteivorstand der PDS André Brie mit einer ersten Einschätzung der Ergebnisse der Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990 vom 26. März 1990	
Literaturhinweise	43

Einleitung

Januar bis März 1990

Der Beginn grundlegender Veränderungen in der gesellschaftlichen Entwicklung

Um die Jahreswende 1989/90 waren grundlegende Wandlungen in der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung zu erkennen, die qualitative neue Anforderungen an die sich auch programmatisch neu formierende Partei stellten. Am 1. Februar 1990 stellte Hans Modrow, damals Ministerpräsident der DDR, auf einer Pressekonferenz seine Konzeption für den Weg zur deutschen Einheit vor, die unter der Losung „Deutschland, einig Vaterland“ bekannt wurde. Nach seinen Vorstellungen sollte in einer ersten Phase zwischen der DDR und der BRD eine Vertragsgemeinschaft mit konföderativen Elementen gebildet werden, die in eine Konföderation mit gemeinsamen Organen überleiten und aus der nach Wahlen ein einheitlicher deutscher Staat in Form einer Deutschen Föderation oder eines Deutschen Bundes entstehen sollte.

Dieses Konzept forderte zu einer neuerlichen Positionierung der SED/PDS in der Deutschland-Frage heraus. Das Präsidium des Parteivorstandes der SED/PDS erklärte am 1. Februar 1990, dass eine sofortige Vereinigung beider deutscher Staaten unmöglich sei.

Wolfgang Thiel beschrieb die Veränderungen der Situation nach dem Herbst 1989 in seiner Rede auf der ersten Bezirkskonferenz Cottbus am 16. Februar 1990 sehr treffend: „Die demokratische Revolution vom Oktober/November wollte eine bessere DDR, aber nicht deren Beseitigung. Die Demonstranten von damals wollten stalinistische Strukturen zerschlagen. Diese Revolution wollte soziale und andere Errungenschaften in der DDR bewahren, den Stalinismus durch Demokratie, Freiheit und Menschenrechte ersetzen. Das waren und sind auch unsere Ziele.

Inzwischen ist eine neue Etappe erreicht, in der die Gefahr besteht, bisherige Errungenschaften generell zu gefährden. Dafür gibt es politische und soziale Ursachen.

Der erste Abschnitt der revolutionären Umgestaltung entsprach zahlreichen intellektuellen Wünschen und Vorstellungen einer Vielzahl von Menschen, er ließ aber soziale Interessen zu sehr im Hintergrund. Gerade viele Arbeiter, aber auch Bauern fragen sich, was hat ihnen diese Revolution bis jetzt gebracht. Die Arbeits- und Lebensbedingungen sind nicht leichter geworden und ihre soziale Sicherheit sehen sie gefährdet. Eine politische Interessenvertretung fehlt ihnen, denn unsere Partei nehmen sie kaum an, und andere Parteien und Bewegungen halten sie für zu intellektuell bzw. identifizieren sich nicht mit ihnen.

Auch nicht wenige Menschen unseres Bezirkes glauben, dass ein sofortiger Anschluss der DDR an die BRD die Lösung aller Probleme bringen würde...

Die Wahrheit ist, dass ein Anschluss der DDR an die BRD die europäische Stabilität ernsthaft beeinträchtigen und die Interessen anderer europäischer Völker verletzen würde, dass die BRD ökonomisch und sozial überfordert wäre, dass viele Bürger der DDR ihre Arbeitsplätze, ihre Wohnungen, ihre Grundstücke und Bauern ihr Land verlieren würden...

Unsere Partei betrachtet die deutsche Einigung als einen historischen Prozess... Der Weg zur deutschen Einheit ist als Teil der Entwicklung Europas zu einem entmilitarisierten, friedlichen, demokratischen und sozialen Europa zu gestalten...

Die begonnene Umwälzung hat ihre eigenen Merkmale... Die Veränderungen in bestimmten Demonstrationen, was die Zusammensetzung der Teilnehmer und ihre Ziele angeht, ist unübersehbar. Die Berufung auf Rosa Luxemburg und ihre Forderung, dass Freiheit die Freiheit des Andersdenkenden sei, ist verstummt...Statt dessen werden Stimmen gegen „das rote Gesindel“, „die Kommunistenschweine“ und die Forderung nach „Vergasung“ laut.“(Dok. 4)¹ In der Wirtschaftsordnung der DDR war ein grundlegender Wandel eingetreten. Das zentralistische Kommandosystem der Wirtschaft war historisch gescheitert, und das Land befand sich im Übergang zur kapitalistischen Marktwirtschaft. Damit waren zugleich die Grundlagen der sozialen Sicherheit der Bürger der DDR in Frage gestellt.

Die PDS hielt dennoch den Übergang zur Marktwirtschaft ohne Wenn und Aber für notwendig und erklärte sich bereit, diesen Prozess unter dem Aspekt der Schaffung einer effizienten Wirtschaft aktiv zu unterstützen. Sie wollte eine soziale und ökologische Marktwirtschaft, die von sozialistischen Grundwerten geprägt sein sollte. Es wurde davon ausgegangen, dass nur eine effektive Struktur von Industrie-, Landwirtschafts- und Dienstleistungsbetrieben Grundlage für sichere Arbeitsplätze bilden könne. Rahmenbedingungen für die Stärkung der Klein- und Mittelindustrie, des Handwerks, des Dienstleistungsbereiches einschließlich Tourismus bis hin zur Förderung von Existenzgründungen sollten geschaffen werden. Hingewiesen wurde auf die Notwendigkeit einer aktiven Beschäftigungspolitik und von Umschulungsprogrammen.

Der Beginn der Erneuerung der Partei und die Auflösung der SED-Parteistrukturen

Die ersten Monate des Jahres 1990 waren die Zerreißprobe für die im Prozess der Erneuerung befindliche Partei.

Viele Parteimitglieder waren durch die seit dem Außerordentlichen Parteitag laufenden Diskussionen um Weiterexistenz und Erneuerung oder Auflösung der Partei verunsichert. Weitere Austritte aus der Partei waren die Folge. Eine gewisse Beruhigung der Austrittswelle trat erst mit dem Beschluss des Präsidiums des Parteivorstandes der PDS vom 20. Januar 1990 zum Weiterbestehen der Partei ein.

Einer der Ausgangspunkte für die Erneuerung der Partei war die Forderung, mit dem Stalinismus als einer der wesentlichen Ursachen für das Scheitern des administrativ-zentralistischen Sozialismus zu brechen.² Der Außerordentliche Parteitag und die in der Partei zu Beginn des Jahres 1990 geführten Debatten waren allerdings erst der Anfang eines sich über viele Jahre erstreckenden Prozesses der Auseinandersetzungen mit dem Stalinismus. Die Diskussionen bezogen sich sowohl auf die theoretische Erfassung dessen, was „Stalinismus“ eigentlich bedeutet als auch auf seine praktisch-politische Wirkung in der Sowjetunion, den sozialistischen Ländern und in den ehemals kommunistischen und Arbeiterparteien.

Um den Prozess der Erneuerung konsequent und zügig durchzuführen, wurden vom Präsidium des Parteivorstandes ab Anfang Januar 1990 eine Reihe von grundlegenden Entschei-

dungen sowohl zum Inhalt als auch zur Organisation der Arbeit der Partei beschlossen. So war zur Auflösung der alten SED-Strukturen die kritische Auseinandersetzung mit den Funktionären notwendig, die die krisenhafte Entwicklung im Lande mit zu verantworten hatten und die Entfernung der durch Amtsmissbrauch und Korruption Belasteten aus ihren Funktionen bzw. aus der Partei.

In diesem Zusammenhang leiteten die Schiedskommissionen Verfahren gegen alle ehemaligen Mitglieder und Kandidaten des Politbüros ein, setzten die Ende 1989 begonnene Entfernung belasteter Kader auf allen Ebenen fort und führten in großem Umfang Rehabilitierungsverfahren zu Unrecht Beschuldigter durch.

Im Februar 1990 nahmen die Bezirkskonferenzen der PDS die Berichte der von den Bezirks- und Kreisleitungen im Dezember 1989 beauftragten unabhängigen Kommissionen zur Untersuchung von Vorwürfen aus der Bevölkerung zu Korruption und Amtsmissbrauch durch ehemals leitende Funktionäre der Partei- und Staatsorgane sowie der Wirtschaft entgegen. (Dok. 2)

Die unabhängigen Untersuchungskommissionen arbeiteten mit den Parteikontrollkommissionen bzw. den Schiedskommissionen der SED/PDS, den Untersuchungskommissionen der staatlichen Organe, mit den Staatsanwaltschaften, der Volkspolizei und den Komitees der ABl zusammen und übermittelten diesen und den bei den Räten der verschiedenen Ebenen existierenden Untersuchungskommissionen ihre Ergebnisse. Untersucht wurden Vorwürfe zu Einzelpersonen, zu Sachfragen im Zusammenhang mit einzelnen Objekten und die Finanzen der Bezirksvorstände, wobei die Kommissionen häufig zu dem Ergebnis kamen, dass ein großer Teil der Vorwürfe ungerechtfertigt war.

Im Januar 1990 begann die Auflösung der Parteiorganisationen in den Betrieben, staatlichen Einrichtungen, wissenschaftlichen Institutionen und bewaffneten Organen, die sich über mehrere Monate hinzog. In den Einrichtungen verbleibende Parteiorganisationen mussten wieder in einen arbeitsfähigen Zustand versetzt werden. Basisorganisationen in oft sehr unterschiedlichen Formen und Zusammensetzungen wurden in den Territorien gebildet bzw. die Wohnparteiorganisationen entsprechend den Zugängen aus den Betrieben erweitert. (Dok. 1) Allerdings verließen auch in dieser Phase sehr viele Mitglieder die Partei und meldeten sich nicht wieder in den neuen Basisorganisationen an.

Bei der Neugestaltung der Organisationsstruktur war von den veränderten Bedingungen für die Arbeit der Partei und den neuen Inhalten auszugehen. Eine breite demokratische Meinungs- und Willensbildung in allen Struktureinheiten und die bestimmende Rolle des Parteimitgliedes und nicht mehr des Apparates mussten ermöglicht werden. Anstelle der Organisation auf Betriebsebene trat die Territorialstruktur. Neben dem Aufbau eines Netzes von Basisorganisationen auf örtlicher Ebene entstanden zentrale und regional verschiedene Plattformen, Arbeits- und Interessengemeinschaften.

Beim Parteivorstand bildeten sich im Januar und Februar 1990 eine Reihe von Gremien, in denen Vertreter der Brandenburgischen Bezirke aktiv mitarbeiteten, so am 12. Januar 1990 der Rat der Alten, dem u.a. aus dem Bezirk Potsdam Walter Janka, Kurt Maetzig, Eberhard Rebling, Wolfgang Ruge und Karl Schirdewan angehörten.

Im gleichen Zeitraum fanden sich in den drei Bezirken die AG Junge GenossInnen, die AG Senioren, die Kommunistische Plattform u.a. zusammen, die oft sehr unkonventionell Einfluss auf das Parteileben zu nehmen begannen.

Die Reduzierung des hauptamtlichen Parteiapparates wurde begonnenen - in den drei Bezirken gab es im Januar 1990 noch 5 400 Mitarbeiter (einschl. technischer Kräfte in Parteischulen und Ferienheimen).

Bis Mitte Februar war z.B. im Bezirk Frankfurt (Oder) der Apparat in den Kreisvorständen um etwa 70 Prozent reduziert und die Anzahl der politischen Mitarbeiter im Bezirksvorstand von 170 auf 35 abgebaut worden. (Dok. 5)³

Auf dem 1. Landesparteitag im Juni 1990 stellte Heinz Vietze fest, dass 1989 in den drei Bezirken in Leitungen der Partei 2 934 politische und 2 303 technische Mitarbeiter beschäftigt gewesen waren. Bis zum 30. Mai 1990 war der Apparat auf 234 politische Mitarbeiter verringert worden. Die noch tätigen 416 technischen Mitarbeiter finanzierten sich im wesentlichen selbst durch Einnahmen aus Mieten u.ä.⁴

Im Zuge des Abbaus des Apparates waren schwerwiegende soziale Probleme zu bewältigen. Viele der Mitarbeiter mussten in die Arbeitslosigkeit oder in den Vorruhestand entlassen werden.

Neue, arbeitsfähige Kreis- und Bezirksvorstände waren, jetzt überwiegend auf der Grundlage der ehrenamtlichen Tätigkeit, zu schaffen, wobei vor allem Fachleute für diese Arbeit zu gewinnen waren.

In der ersten Februarhälfte 1990 fanden in den drei Bezirken Bezirkskonferenzen statt. Sie berieten über die nächsten Schritte zur Erneuerung der Partei und die Vorbereitung der anstehenden Volkskammerwahlen und Kommunalwahlen.

Außerdem wurden die Bezirksvorstände und ihre Vorsitzenden gewählt – Heinz Vietze für den Bezirk Potsdam, Wolfgang Thiel für Cottbus und Kerstin Münzberg⁵ für Frankfurt (Oder)- und zum ersten Mal von den Vorständen unabhängige Schiedskommissionen, deren Vorsitzende in Cottbus Heidrun Geldner, in Frankfurt (Oder) Brigitte Straubing und in Potsdam Kurt Libera wurden.

Mit der Aufgabe der führenden Rolle der Partei, der Auflösung der Parteistrukturen der SED und dem Bekanntwerden der Ergebnisse der Tätigkeit der unabhängigen Untersuchungskommissionen rückten Finanzierung und Eigentum der SED/PDS ins Blickfeld der Öffentlichkeit.

So wurden überall an den Runden Tischen gleich günstige finanzielle, räumliche und personelle Arbeitsmöglichkeiten für alle Teilnehmer gefordert, wobei die oppositionellen Parteien und Gruppierungen „Aufklärung über die finanzielle Situation der etablierten Parteien und Organisationen und die gleiche Unterstützung wie diese“ verlangten, wie es z.B. im Protokoll der dritten Sitzung des Runden Tisches des Bezirkes Potsdam am 17. Januar 1990 hieß. In einem Antrag, der dem Zentralen Runden Tisch übermittelt wurde, sollte dieser die Offenlegung der aus dem Staatshaushalt für die etablierten Parteien auf Bezirksebene zur Verfügung gestellten Mittel erwirken, damit sich die neuen Gruppierungen und Parteien mit ihrer Haushalt-

planung darauf einstellen können. An die etablierten Parteien am Runden Tisch des Bezirkes wurde der Antrag gestellt, die Zahlen jeweils über ihre zentralen Vorstände zu ermitteln und ebenfalls offen zu legen. Ein noch weiter gehender Antrag der Grünen Liga in der selben Sitzung zu Eigentumsfragen der SED/PDS wurde mit dem Bemerkten zurückgestellt, dass dazu zentrale Regelungen abzuwarten seien.⁶

Bereits am 13. Januar 1990 hatte das Präsidium der SED/PDS beschlossen, bis zum 30. Juni 1990 parteieigene Betriebe, Gästehäuser und Erholungsheime abzugeben.

Auf der 1. Bezirkskonferenz in Potsdam am 11. Februar 1990 beschäftigte sich Heinz Vietze mit der Eigentumsfrage und benutzte in diesem Zusammenhang die Formulierung vom „nicht rechtmäßig erworbenen Eigentum“, zu dem er Parteibetriebe, die entsprechend geltender gesetzlicher Bestimmungen von Volks- in Parteieigentum überführt wurden, und andere Einrichtungen in Rechtsträgerschaft der Partei wie Ferienheime, Parteischulen, Fuhrparks zählte. (Dok. 3)⁷

Der vom Außerordentlichen Parteitag eingeleitete Prozess der Erneuerung fand in Verbindung mit den vom Parteipräsidium und den Bezirkskonferenzen im Februar vorgenommenen Analysen seine Fortsetzung in den Diskussionen um ein neues Parteiprogramm und Statut. Am 14. und 17. Februar 1990 wurden die entsprechenden Entwürfe in der Presse veröffentlicht.

Am 24./25. Februar 1990 fand der 1. Parteitag der PDS statt, auf dem Programm und Statut der Partei, das Wahlprogramm für die Volkskammerwahlen am 18. März und ein Aktionsprogramm für die Jugend und die Frauen als die zukünftigen Arbeitsgrundlagen angenommen wurden. Zeit für eine gründliche Diskussion dieser Dokumente ergab sich somit erst nach ihrer Annahme.

Das Parteiprogramm wurde zu einer Absage an den administrativ-zentralistischen Sozialismus. Es wandte sich gegen die dogmatische Verabsolutierung „allgemeiner Gesetzmäßigkeiten“, die in ihren wesentlichen Merkmalen in allen Ländern angeblich gleich seien und deren bewusste Ausnutzung den einzig möglichen Weg zum Sozialismus darstellen sollte. Das Parteiprogramm der PDS nannte Individualität, Solidarität, Gerechtigkeit, sinnerfüllte Arbeit und Freizeit, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, inneren und äußeren Frieden als Werte, denen sich die Partei verpflichtet fühlt. „Demokratischer Sozialismus, das heißt für uns Eintreten für eine friedliche, humane und solidarische Gesellschaft, in der sich jeder Mensch in Gemeinschaft mit anderen frei entfalten und gleichberechtigt am wirtschaftlichen, politischen und geistig-kulturellen Leben teilnehmen kann.“ In den Parteivorstand wurden u.a. die brandenburgischen Bezirksvorsitzenden Kerstin Münzberg, Wolfgang Thiel und Heinz Vietze sowie Maritta Böttcher und Petra Bischoff gewählt.

Die Runden Tische und die Volkskammer- und Kommunalwahlen

Zum Jahreswechsel 1989/1990 hatte sich die Parteienlandschaft in der DDR vollkommen verändert. Demokratischer Block und Nationale Front waren Geschichte geworden. Von „Bündnispartnern“ konnte keine Rede mehr sein.

Die Strukturen der alten Blockparteien lösten sich mehr und mehr auf, neue Parteien und Organisationen waren entstanden bzw. bemühten sich um ihre Zulassung. Der Verschmelzungsprozess der ehemaligen Blockparteien mit den bürgerlichen Parteien der BRD war in vollem Gange. Besonders in Vorbereitung der Volkskammerwahlen am 18. März 1990 flossen der CDU, SPD und der sich auch in Brandenburg neu bildenden FDP als Nachfolgerin der LDPD und der NDPD, umfangreiche materielle und personelle Hilfe zu, auf die die PDS in keiner Weise zurückgreifen konnte.

So schrieb die MV am 16. März 1990, dass über die parteinahen Stiftungen den genannten Parteien in der DDR zugegangen waren:

- der CDU über die Konrad-Adenauer-Stiftung 4,5 Mill. DM
- der SPD über die Friedrich-Ebert-Stiftung 1,5 Mill. DM
- der FDP über die Friedrich-Naumann-Stiftung 1,5 Mill. DM.

Obwohl es einen Beschluss des Zentralen Runden Tisches gab, keine Wahlhilfe aus der BRD in Anspruch zu nehmen,⁸ traten hochrangige BRD-Politiker in allen Teilen der DDR, so auch in den brandenburgischen Bezirken auf zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen aktiv in Erscheinung. Schon auf der Demonstration am 4. Dezember 1989 unter der Losung „Europa im Aufbruch“ waren Otto Schily und Horst Ehmke in Potsdam aufgetreten.⁹

Im direkten Wahlkampf sprachen dann z.B. am 14. Februar Peter Glotz in Potsdam, am 3. März Eberhard Diepgen ebenfalls in Potsdam, am 11. März Alfred Dregger in Gransee.¹⁰

Die PDS musste ihre Position zu allen diesen, politisch sehr unterschiedlich orientierten Kräften mit Blick auf die bevorstehende Eingliederung in den bürgerlichen Staat BRD bestimmen. Grundanliegen war es, sich als im Prozess der Erneuerung befindliche Partei als starker Faktor im politischen System zu konsolidieren. Neue Formen des ungezwungenen Gedankenaustausches über die unterschiedlichsten politischen Fragen waren zu entwickeln und dafür demokratische Gremien wie Bürgerforen, Einwohnerversammlungen, Bürgerkomitees und die Runden Tische zu nutzen. Wichtig waren Veranstaltungen mit anderen politischen Parteien und Bewegungen vor allem deshalb, weil sie den Dialog förderten, Berührungspunkte abbauten und Konsensmöglichkeiten zeigten.

Ein wichtiges Feld des Sammelns von Erfahrungen im Umgang mit politisch Andersdenkenden waren die Runden Tische auf den verschiedenen Ebenen, die Anfang 1990 in eine neue Phase eingetreten waren.

In der ersten Phase von Mitte Oktober 1989 an ging es vor allem darum, dass die unterschiedlichen politischen Kräfte überhaupt miteinander ins Gespräch kamen. Anliegen zu dieser Zeit war es, Chaos und Blutvergießen durch unüberlegtes Handeln von Seiten aller Beteiligten zu verhindern. Besonnenen Kräften in der SED und mit Hilfe engagierter Vertreter der Kirchen gelang es an vielen Orten, Eskalationen zu verhindern und in sachliche Gespräche zu kommen.

In der zweiten Phase von Jahresbeginn 1990 an bis zur Auflösung der Runden Tische, die sich im wesentlichen mit dem Ende der Bezirke im Mai verbindet, standen Sachfragen im Mittelpunkt. Die einzelnen Parteien, Gruppen und Bewegungen rangen um die Lösung von

Problemen, die die Interessen der Menschen im Lande betrafen, und konnten zugleich vor der Öffentlichkeit die Ziele ihrer Politik in einzelnen Fragen artikulieren. Soweit es ihr möglich und gestattet war, brachte sich die PDS konstruktiv in diese Arbeit ein. Die Runden Tische wurden für alle Beteiligten zu einer wichtigen Schule real ausgeübter Demokratie.

Unter diesen Bedingungen war der Wahlkampf für die, im Ergebnis der Debatten am Zentralen Runden Tisch, vom Mai auf den 18. März 1990 vorgezogenen Volkskammerwahlen, inhaltlich und organisatorisch für die PDS eine große Herausforderung.

Hatte der 1. Bundesparteitag das Wahlprogramm der Partei für die Volkskammer- und Kommunalwahlen für die ganze Republik formuliert, so legten die Bezirkskonferenzen Programme entsprechend der Spezifik ihrer Region vor. (Dok. 6)

Für alle drei Bezirke gemeinsam waren es die Wahrung der Ergebnisse der Bodenreform und der Schutz des staatlichen und genossenschaftlichen Eigentums in der Landwirtschaft.

Für den Bezirk Frankfurt (Oder) wurden besonders zwei Momente hervorgehoben – die Förderung der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und Polen, die einen unverzichtbaren Markt darstellten. Zum anderen wurden speziell für das Oderbruch mit seiner traditionellen Gemüseproduktion gute Voraussetzungen für die Produktion für den Binnen- und EG-Markt gesehen.¹¹

Der Bezirksvorstand Cottbus hob als für den Bezirk spezifische Forderungen die Unterstützung der nationalen Minderheit der Sorben bei der Pflege ihrer Sprache, Tradition und Kultur und ihr Mitspracherecht in den Volksvertretungen hervor. Für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung wurden als entscheidende Ausgangspunkte eine neue Energiepolitik und die Belebung der traditionellen Lausitzer Konsumgüterindustrie gesehen.

Am 18. März 1990 fanden die Wahlen zur Volkskammer der DDR statt, Dabei erreichte die PDS in den brandenburgischen Bezirken folgende Ergebnisse: Cottbus 17,87 % , Frankfurt (Oder) 22,05 % und Potsdam 16,56 % , was für jeden Bezirk 4 Abgeordnete bedeutete.

Der Vorsitzende des Bezirksvorstandes Potsdam gab am 26. März 1990 eine erste Einschätzung der Wahlergebnisse, die wohl für alle drei Bezirke mehr oder weniger zutreffend war:

„...Die Mehrheit unserer Bevölkerung [hat] sich letztendlich für die schnelle Einführung der D-Mark und die kompromisslose Vereinigung mit der BRD und für freie Marktwirtschaft ohne Wenn und Aber, mit Hoffnungen auf Soziales und Ökologisches entschieden.. Das Wahlergebnis ist kein politisches Bekenntnis zur CDU der DDR, sondern zu den Versprechungen Bundeskanzler Kohls zur schnellen Hebung des Wohlstandes für alle DDR-Bürger. Es wird die Hoffnung ausgedrückt, dass er als Regierungschef der BRD dieses Anliegen am schnellsten und besten erfüllen kann.

Neben guten Ergebnissen in den Stadtkreisen ... lagen die Ergebnisse in den typischen Landkreisen unter dem Bezirksdurchschnitt. Dabei zeigen sich Differenzierungen im Stimmverhalten in Städten, Großgemeinden und Dörfern.

Die inhaltliche Orientierung auf die Erhaltung der Resultate der demokratischen Bodenreform und den Ausbau der Selbstverwaltung der Genossenschaften hat sich offensichtlich nicht als ausreichend erwiesen. Die ungünstigen Produktionsbedingungen der Landwirtschaft im Bezirk

fürten dazu, dass die Bauern die schnelle D-Mark gewählt haben, um mit ihrer Hilfe die Konkurrenzsituation besser zu beherrschen (Kauf von Ausrüstungen und Anlagen). Erkennbar waren erste Tendenzen der Aufgabe von landwirtschaftlichen Nutzflächen zugunsten des Aufbaus anderer Strukturen (Golfplätze, Reitställe, Supermärkte). Damit wurde die Hoffnung auf neue Arbeitsplätze verbunden und wohl auch realisiert. Das Misstrauen gegenüber der durch die SED betriebenen Agrarpolitik belastete den Wahlkampf der PDS auf dem Lande in starkem Maße.

Als zusätzliche Einschränkung der Aktivitäten auf dem Lande erweist sich der geringe Organisationsgrad. In vielen Dörfern gibt es keine Basisorganisationen der PDS mehr.

In den Arbeiterzentren wurde die PDS nach wie vor vielfach mit den Machenschaften der Führung der alten SED in Verbindung gebracht. Enttäuschung über das Verhalten ehemaliger SED-Führer beeinflusste das Wahlergebnis zu Ungunsten der PDS.“ (Dok. 7)¹²

Die Volkskammerwahlen zeigten somit zweierlei. Zum einen das verlorengegangene Vertrauen in die SED und noch kein neugewonnenes in die PDS. In den drei Bezirken waren es z.T. noch nicht einmal 20 Prozent der Bevölkerung, die ihre Stimme der PDS gegeben hatten. Die SPD war zur dominierenden Partei geworden.

Zum anderen war mehr und mehr deutlich geworden, dass die Zeit des Sozialismus in der DDR zu Ende war und sich die Mehrheit der Bevölkerung für die Wiedervereinigung und den Schritt zurück in den Kapitalismus entschieden hatte.

Abkürzungsverzeichnis

ABI	Arbeiter- und Bauerninspektion
AGL	Abteilungsgewerkschaftsleitung
APO	Abteilungsparteiorganisation
ASR	Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften
BdVP	Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BKK	Braunkohlenkombinat
BL	Bezirksleitung
BLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv (in Potsdam)
BMK	Bau- und Montagekombinat
BRK	Bezirksrevisionskommission
CDU	Christlich-Demokratische Union
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DSU	Deutsche Soziale Union
EG	Europäische Gemeinschaft
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ, fdj	Freie Deutsche Jugend
GO	Grundorganisation
GRW	Geräte- und Reglerwerk
GSSD	Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland
HGL	Hausgemeinschaftsleitung
IFA	Industrieverband Fahrzeugbau in der DDR
IG	Industriegewerkschaft
JVA	Justizvollzugsanstalt
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LISA	Linke Sozialistische Arbeitsgemeinschaft
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
LR	Lausitzer Rundschau Organ der Bezirksleitung Cottbus der SED, 1. Jg. 1952
LV	Landesvorstand
MdL	Mitglied des Landtags
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MV	Märkische Volksstimme Potsdam 1946 bis Oktober 1990.; bis 5. Dezember 1989 „Organ der Bezirksleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, bis 1. April 1990 mit dem Untertitel „Sozialistische Tageszeitung im Bezirk Potsdam“, ab 2. April 1990 Untertitel „Potsdamer Tageszeitung“, ab 3. Oktober 1990 „Märkische Allgemeine“. Bezirksleitung Potsdam)

ND	Neues Deutschland
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
NVA	Nationale Volksarmee
OA	Ortsausschuss
OPO	Ortsparteiorganisation
SDP	Sozialdemokratische Partei
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SERO	Sekundärrohstoffeffassung
SU	Sowjetunion
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VdN	Verfolgter des Naziregimes
VEB	Volkseigener Betrieb
WBA	Wohnbezirksausschuss (der Nationalen Front)
WF	Werk für Fernsehelektronik Berlin
WPO	Wohnparteiorganisation
WPO/B	Wohnparteiorganisation/Betrieb
ZK	Zentralkomitee

Zeitzeugenberichte

Bernd Ebel

Aus seinem Diskussionsbeitrag auf der I. Bezirkskonferenz der PDS Potsdam am 11. Februar 1990¹³

[...] Ich bin Genossenschaftsbauer und wurde zum Vorsitzenden der Ortsorganisation Fehrbellin im Kreis Neuruppin gewählt. Am 3.2., also in der vorigen Woche, gründeten wir diese Ortsorganisation als Ortsorganisation der PDS. Wir haben uns von dem Namen SED und auch von ihren Inhalten getrennt. Und es gibt kein Mitglied der PDS in Fehrbellin in unserer Ortsgruppe, das in der alten SED Rang und Namen hatte und maßgeblich die stalinistische Politik vorangetrieben hat. Wir hatten auch, und das ist eine positive Sache, während dieser Gründungsversammlung eine Neuaufnahme...

Zum Wahlkampf:

Die Aufgaben im Wahlkampf sind territorial sehr differenziert. Wir Fehrbelliner sehen folgende Ziele: Ersten, den Kampf um möglichst viele Plätze auf der Oppositionsbank durch sachliche Information über Ziele und Vorstellungen...

Zweitens, konstruktive Mitarbeit kompetenter Genossen – und auf Kompetenz kommt es an – in allen Arbeitsgruppen, die im Territorium existieren, wie die Arbeitsgruppen des Runden Tisches..., die Arbeitsgruppe des Neuen Forums, da werden wir auch mitarbeiten zum Umweltschutz usw. Hier bauen wir Berührungspunkte ab, und über die Sachkenntnis des entsprechenden Genossen schließt man auf die Sachkenntnis der PDS.

Drittens, auf keinen Fall dürfen wir uns auf Kosten einer anderen linken Gruppe profilieren. Das betrifft insbesondere in unserem Territorium das Neue Forum und auch die SPD. Wir wollen Meinungsunterschiede nicht verdecken oder uns anbieten, aber wir wollen Gemeinsamkeiten herausarbeiten und sichtbar machen. Man sollte auch auf die Parteien und Organisationen zugehen, die uns derzeit aus wahlpolitischen Gründen ablehnen.

Viertens, der Wahlkampf muss sachlich sein. Je sachlicher er ist, desto stärker werden die besseren Argumente gehört...

Fünftens, politisches Fingerspitzengefühl und Sachkompetenz sind insbesondere am Runden Tisch gefragt. Hier begegnen wir hautnah unseren Rivalen und unser Kontakt mit ihnen entscheidet über die Atmosphäre im Wahlkampf...

Zur Umgestaltung unserer Partei: Wir sind eine Ortsgruppe der PDS und haben die Trennung mit der alten SED vollzogen, denn sie hat dem Volk Schaden zugefügt und ist nicht mehr unsere Partei. Wir haben uns auch von überholten Strukturen gelöst... Die Strukturen müssen den jeweiligen Bedingungen und Bedürfnissen der Arbeit entsprechen... Wir brauchen neue Strukturen. Wir brauchen niemand, der uns sagt, was wir tun sollen, sondern aktive Unterstützung durch den Kreisverband und auch durch den Bezirksverband für unsere Arbeit. Diese Unterstützung wollen wir aber nicht durch das überholte Instruktorsprinzip haben...

Wir sind zum Beispiel auch dafür..., dass im Kreisverband nicht mehr als fünf hauptamtliche politische Mitarbeiter tätig sind, und wir haben auch beschlossen, dass wir das Haus des Parteivorstandes im Kreis aufgeben werden, auch bis zum letzten Büro, denn den Geruch der SED werden wir nicht los, wenn wir in dem gleichen Gebäude immer noch weiterarbeiten. Und wir sind der Meinung, dass nicht unbedingt ein Kraftfahrer für den Vorsitzenden da sein muss...

Ich möchte nur noch eine Frage zum Schluss stellen: Welche Aufgabe hat dieser Bezirksvorstand? Ich bin der Meinung, die Arbeit müssen die an der Basis unmittelbar lösen. Aufgabenerteiler und Statistiker brauchen wir nicht.

Maritta Böttcher

Aus ihrem Diskussionsbeitrag auf der I. Bezirkskonferenz der PDS Potsdam am 11. Februar 1990¹⁴

[...] Genossen, gestattet mir einige wenige persönliche Bemerkungen. Vor einer Woche hatten wir in unserem Kreis ... unsere erste Kreisdelegiertenkonferenz der Partei des Demokratischen Sozialismus. Endlich war auch wieder eine konstruktive Atmosphäre in unserem Parteikollektiv zu spüren. Aufrecht, und ich sage auch mit Würde, wurde über die zukünftigen Aufgaben beraten. Natürlich ist es auch für uns schmerzlich im Kreis Jüterbog, dass fast 2 000 Genossen unsere Partei verlassen haben. Darunter waren viele ehrliche, fleißige und zuverlässige Menschen. Das demoralisierte zeitweise ganz schön und deshalb, so habe ich auch Genossen Heinz Vietze im Referat verstanden, zählen wir seit vergangener Woche nur noch aufwärts. Doch, Genossen, wenn man sich für eine Sache ganz einsetzen will, muss man auch mit manchem schmerzlichen Problem fertig werden. Ich möchte am persönlichen Beispiel etwas zu den sogenannten neuen Gesichtern sagen. Ich stelle das als Frage in den Raum. Wer hat denn das Recht, jemanden wirkliche Erneuerung zuzubilligen oder abzusprechen. Wir sind doch alle aus der SED hervorgegangen. Ich glaube, die einen als Idealisten, ..., und die anderen als reale Optimisten, manch einer vielleicht auch als Karrierist.

Aber, Genossen, ich glaube, das wichtigste ist, dass es jetzt genügend Genossen gibt, die bereit sind, und sich dafür einsetzen, für diese Partei und damit für unser Land etwas zu tun. Ich möchte an dieser Stelle etwas sagen seit dem Zeitpunkt Dezember 1989. Mit einer völlig neuen Mannschaft in unserem Kreis haben wir die Kreisdelegiertenkonferenz am 3. Dezember vorbereitet und ich kann euch sagen, Genossen, die Konferenz verlief so widerspruchsvoll, dass sie mehr Mut nahm als Mut gab. Und trotzdem möchte ich sagen, die nächste Etappe begann für mich und damit auch für viele Genossen meiner Kreisparteiorganisation mit meiner Wahl zum Sonderparteitag, auf dem ich dann, das ist ja inzwischen bekannt, auch als Mitglied des Parteivorstandes gewählt wurde. Doch, und das möchte ich hier voller Überzeugung sagen, bisher habe ich jede Aufgabe übernommen, wo die Mitglieder, die sogenannte Parteibasis der Meinung waren, dass ich diese Aufgabe erfüllen kann.

Genossen, ich möchte sagen, die Formierung meiner Kreisparteiorganisation, die Arbeit hier im Bezirksausschuss, meine Mitarbeit in der Kommission Politisches System und die Funktion im Parteivorstand forderten mich bis an die Grenze der Belastung. Genossen, ich bin ganz ehrlich, damit begann eigentlich die letzte Etappe für mich. Ich fühlte mich nicht mehr sicher, ob nach den Rufen der neuen Gesichter meins überhaupt noch gewollt ist. Im Klartext, ich begann zu zweifeln, und wollte kneifen. Das war ein sehr schwerer Prozess, denn täglich musste ich Optimismus ausstrahlen meinen Mitarbeitern gegenüber, die teilweise über viele Jahre und Jahrzehnte treu gekämpft haben und plötzlich auf der Straße liegen sollten. Ich musste Mut machen den Genossen, die zu mir kamen. Junge wie Alte. Obwohl ich oft selbst keinen mehr hatte. Und Genossen, jetzt sage ich die letzte Etappe in diesem schweren Prozess und in diesem Schwanken begann für mich am 3. Februar 1990. Für mich war klar, kneifen geht nicht. Ich habe vor eineinhalb Jahren meinen Genossen in Jüterbog versprochen, alles zu tun, um im Kreis etwas zu bewegen und im Vorwärtsschreiten die Kreisparteiorganisation zu stärken. Also stellte ich mich zur Wahl und ich wurde zur Vorsitzenden gewählt. Ich habe eine völlig neue Mannschaft um mich geschart und an dieser Stelle möchte ich es einfach mal aussprechen, ich möchte mich herzlich bedanken bei Heinz Vietze und Jürgen Engelhardt. Sie waren da, wenn sie gebraucht wurden für alle Kreisvorsitzenden und alle Kreise jeden Donnerstag hier im Bezirksarbeitsausschuss. Sie haben in dieser schweren Zeit den Bezirk geleitet ... und ich möchte sagen, jeder von der Basis hatte die Möglichkeit, vor allem die Initiativen der PDS, jederzeit einzugreifen in bestimmte Prozesse, denn wir waren bemüht, alles zu tun, um diese Partei im Bezirk zu formieren...

... Wie wir in unserem Kreis die Probleme gepackt haben. Wir haben erstens zwei- bis dreimal wöchentlich Erfahrungsaustausche, Podiumsgespräche durchgeführt, die uns halfen, unsere Genossen zu formieren. Sie gaben Kraft, trotz der täglichen Austritte. Politschoppen, Sonntagskaffees, Seniorentreffs trugen dazu bei, den Solidargedanken zu wecken, der sehr sehr wichtig ist, glaube ich. Zweitens quälende, langwierige, doch am Ende erfolgreiche Formierungsprozesse in den Wohngebieten forderten allen viel ab. Aus unseren 200 Grundorganisationen sind jetzt 66 völlig neue Parteiorganisationen entstanden. Ausgehend davon, dass sich Menschen und Ideen nicht einfach auflösen lassen, haben sich viele, vor allem junge Genossen, gefunden, auch in Jüterbog die PDS zu formieren.

Und schließlich haben wir einen arbeitsfähigen Kreisvorstand mit 22 Genossen, wovon 18 erstmals gewählt wurden, der die Geschicke in die Hand genommen hat. Keine der alten Strukturen existiert mehr.

*Maritta Böttcher war ab September 1988
1. Sekretär der SED-Kreisleitung, ab Januar 1990
Vorsitzende des PDS-Kreisvorstandes Jüterbog*

Siegfried Fortun

Aus seinem Diskussionsbeitrag auf der PDS-Bezirksdelegiertenkonferenz Cottbus am 16. Februar 1990¹⁵

[...] Ich bin Landwirt, Vorsitzender der LPG Tierproduktion Finsterwalde, 36 Jahre Mitglied unserer Partei und komme aus einer noch verhältnismäßig kräftigen Betriebsparteiorganisation. Wir waren 31 Genossen, heute sind wir noch 21, gut gemischtes Kollektiv zwischen jung und alt und ich muss auch sagen, Genossen, auch wir führen einen Wahlkampf und den führen wir schon seit Anfang Dezember in der Vorbereitung unserer Jahreshauptversammlung, die gleichzeitig auch Neuwahl des Vorstandes und des Vorsitzenden bedeutet.

Wir haben eine Vielzahl und in öfterer Wiederholung Brigadeversammlungen in Vorbereitung dieser Vollversammlung durchgeführt. Wir Genossen haben uns der Diskussion gestellt. Ich habe mich bekannt, was ich bin, dass ich auch heute noch Kommunist bin und Kommunist sein werde. Ich habe damit gerechnet, dass ich abgewählt werde. Aber Genossen, ich habe 67 Prozent der Stimmen gekriegt und das zeugt doch davon, dass wir eine gute Arbeit geleistet haben...

Natürlich haben da die 30 Jahre Erfahrungen als LPG-Vorsitzender wahrscheinlich auch eine Rolle mitgespielt, aber auch unsere Ergebnisse, die wir gebracht haben, die wir bringen werden. Genosse Thiel sagte ja bereits im Referat, die Landwirtschaft hat ihre Pläne übererfüllt. Und das haben wir auch in Zukunft weiterhin vor. Und ich denke, das ist unser Wahlkampf, den wir führen.

Bei uns in der Genossenschaft ist da so gang und gäbe, wir sind immerhin 240 Mitglieder im Betrieb, vorwiegend Bauern und auch eingesessene Bauern. Wir lassen jeden zu Wort kommen, und bei uns reißt auch keiner unsere Propaganda von der Tafel ab. Das gehört zur Anständigkeit, wir haben uns das von vornherein verbeten. Ich habe das öffentlich in der Versammlung angesprochen. Wir geben jedem die Chance, seine Meinung zu sagen, und wir müssen erwarten, dass das auch unsere Genossen im Rahmen der Gleichberechtigung tun können. Das wird akzeptiert.

Wir agitieren und arbeiten aktiv im Wohnbezirk mit. Es hat sich da einiges verflüchtigt, aber das ist nun mal die Basis für die Kommunalwahlen. Unsere Genossen haben ja Aufträge freiwillig übernommen, in ihren Bereichen mitzuhelfen und mitzuarbeiten. Und mit unserem bekannten Namen der LPG Tierproduktion Finsterwalde und den Genossen, die für diese LPG auftreten, denke ich, machen wir auch für unsere Partei eine gute Politik.

Ich habe in der Kreisdelegiertenkonferenz so gesprochen und habe gesagt, ich bin ein ganz Linker. Das kommt von meiner Herkunft her, ich bin zwar Bauer und Vorsitzender der LPG, aber mir gehört außer ein bisschen Wind ums Haus nichts.

Meine Entwicklung war: Ich bin Traktorist, über die Fachschule und Hochschule zum LPG-Vorsitzenden. War eine Entwicklung, die ein Arbeiterjunge genommen hat und die ein Arbeiterjunge nur in unserem Staat nehmen konnte...

Vor 1945 durfte ich als Arbeiterkind nicht auf dem Rittergut mit den anderen spielen und nach

1945, weil mein Vater verstorben war, da haben mich die Neusiedler vom Hof gejagt. Und trotzdem habe ich den Mut nicht verloren, um in die Landwirtschaft zu gehen und dafür zu sorgen, dass wir durch die Steigerungsraten, die wir erreicht haben, die wir gebracht haben, auch für unseren Staat eine gute Bilanz bringen konnten.

Vor uns steht jetzt etwas Ungewisses. Wir haben uns damit beschäftigt. Wir haben auch Kollegen aus der LPG delegiert zur „Grünen Woche“, um Erfahrungen zu sammeln. Ich selbst war voriges Jahr im Westen und habe Kontakt aufgenommen mit den Bauern.

Also, wie es den Bauern in Westdeutschland geht, so darf es uns nicht gehen. Wir haben die Chance, wir haben paar größere Betriebe, größere Produktionseinheiten. Aber wir werden dafür sorgen, was in unserer Macht steht. Über die Steigerung der Leistungen je Tier, die Steigerung der Leistungen je Hektar, über eine erhebliche Steigerung der Arbeitsproduktivität konkurrenzfähig zu bleiben.

Wir wissen, dass der Markt nicht drüben ist. Wir haben auch von unserer Seite aus die Fühler noch gar nicht ausgestreckt. Wir wissen, wir haben hier zu versorgen und dafür, liebe Genossen, gebe ich mein Wort, dass wir das mit allen Mitteln und Kräften auch in der Zukunft tun werden.

Kerstin **Bednarsky**

Aus einem Interview vom 19. November 2002, Teil 2

[...] *Frage:* Was ist aus der Parteiorganisation in deinem Betrieb geworden?

Bednarsky: Es war so, dass sich die Parteiorganisation ganz schnell aufgelöst hat, nachdem der Parteisekretär das Handtuch geschmissen hatte. Es wurde dann darauf orientiert, dass wir uns in den Wohngebieten zu organisieren haben. Ich hatte damals eigentlich auch gar nicht mehr das Verlangen, das muss ich ehrlich sagen, mit den Genossen, die ich persönlich kannte und die noch in Führungspositionen waren, weiter zusammen zu arbeiten. Ich habe mich dann entschieden, ins Wohngebiet zu gehen.

Frage: Wie bist du 1990 eigentlich noch mal in die Volkskammer gekommen? Dann kamen ja auch die Länderbildung und der Landtag. Du hättest doch auch sagen können: gut in der WPO, in der Basisorganisation, im Wohngebiet engagiere ich mich, mehr nicht.

Bednarsky: Nach all dem hatte ich mich entschieden – jetzt erst recht.

Ich habe mir dann, nach vielen, vielen Gesprächen innerhalb meines Bekannten- und Freundeskreises gesagt, warum sollst du eigentlich nicht für die erste frei gewählte Volkskammer kandidieren? Ich habe immer versucht, meine Arbeit ordentlich zu machen. Ich war anerkannt, auch nach der Wende. Ich hatte etwas einzubringen, in der Frauenpolitik, im Behindertenbereich, wo ich mich schon zu DDR-Zeiten engagiert hatte, was nicht ganz einfach war. Jeder weiß, dass es damals nur Heime gab. Für die behinderten Kinder gab es keine Schulpflicht, auch das musste geändert werden. Da gab es viele Aktivitäten von mir.

Für mich stand fest, du stellst dich den Genossinnen und Genossen, den Bürgerinnen und

Bürgern und wirst sehen, ob du gewählt wirst.

Frage: Wie waren der Wahlkampf zur letzten Volkskammer und deine Gespräche u.a. mit dem Neuen Forum und den Blockparteien?

Bednarsky: Für mich war es logisch, da ich ja ununterbrochen in dieser Abgeordnetenfunktion war. Von der alten Volkskammer der DDR ging es fast nahtlos mit der Kandidatur zur ersten frei gewählten Volkskammer weiter. Im Zuge des Wahlkampfes habe ich dann natürlich Kontakte zu anderen Parteien gehabt, die sich herausbildeten. Zum Beispiel ging die Bauernpartei in der CDU auf. Dann gab es den Demokratischen Aufbruch, der, ich weiß es nicht hundertprozentig, auch kandidiert hat. Mit dem hatte ich auch zu tun. Dann gab es die SPD, die spätere SPD. Mit der hatte ich natürlich während der Wahlkämpfe auch zu tun und musste mich mit deren Positionen auseinandersetzen. Und man musste sich auch mit der aktuellen Situation auseinandersetzen. Durch diese Kandidatur zur ersten frei gewählten Volkskammer ergaben sich schon relativ enge Kontakte, Arbeitskontakte.

Außerdem hat man als normales SED/PDS-Mitglied an Demonstrationen und anderem teilgenommen. [...]

*Kerstin Bednarsky war von 1990 bis 2004
Abgeordnete des Brandenburger Landtages*

Hans-Jürgen **Akuloff**

Aus einem Interview vom 23. und 27. Oktober 2004, Teil I

[...] Ich kann mich noch gut an die Zeit des Außerordentlichen Parteitages und danach erinnern, an die Rede von Michael Schumann, der zu einer für mich sehr komplizierten Thematik – Stalinismus – sprach. Dort fand ich Antworten auf Fragen, die mich schon an der Parteihochschule bewegt hatten. Hinzu kam der Gedanke, wie kann denn plötzlich ein Professor erscheinen, der völlig andere, na ja, nicht völlig andere, aber doch andere Aufgaben hat, sich hier diesen Fragen der Öffentlichkeit stellt, der Auseinandersetzung über eine Thematik, die so notwendig war. Das hat mich damals unwahrscheinlich beeindruckt...

Für die Partei bestand in dieser Entwicklungsetappe eine der wesentlichen Aufgaben darin, funktionsfähige Leitungen zu schaffen und zwar in den Basisorganisationen, in den Betrieben, in den früheren Grundorganisationen und auf der Ebene des Kreises. Diese mussten so optimal gebildet werden, dass sich eine effektive Zusammenarbeit zwischen der Kreis- und der Landesorganisation ergab. Für den Kreis Luckenwalde bedeutete dies, dass wir in den großen Grundorganisationen die hauptamtliche Leitung umorganisieren mussten. Um es deutlicher zu sagen, es gab z.B. im Wälzlagerwerk, im Betrieb für Kontaktbauelemente, in der Handelsorganisation und anderen Bereichen keine hauptamtlichen Parteisekretäre mehr. Das hatte zur Folge, dass die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter der Kreisleitung deutlich verkleinert wurde. Wir bildeten in der Kreisleitung Fachgruppen, die sich mit den entsprechenden

Aufgaben in den Basisorganisationen beschäftigten. Als wichtiges Arbeitsinstrument wurde eine Geschäftsstelle gebildet. Eine Kreisleitung gab es fortan nicht mehr. Sie starb mit der Umorganisation. Es entstand die Geschäftsstelle der PDS, die sich deutlich von der bisherigen Organisationsform unterschied. Sie schrumpfte in Etappen von neun auf sechs und schließlich auf zwei hauptamtliche Mitarbeiter. So lagen im Prinzip die gesamte Parteiarbeit, die Organisation, die notwendigen Strukturveränderung in wenigen Händen. Seit dem Außerordentlichen Parteitag bestand die Aufgabe darin, neu zu strukturieren und parallel dazu die Umorganisation von der alten SED zur PDS durchzuführen. Alles war jetzt überwiegend ehrenamtlich zu erledigen. Der ehemals umfangreiche personelle Apparat war nicht mehr vorhanden, geblieben waren nur noch einige materielle Elemente in Form von Gebäuden, von Archiven, der Grundlagen, die für die Parteiarbeit der zurückliegenden Zeit wesentlich waren. In dieser Zeit gab es im Zusammenhang mit massiven Meinungsäußerungen in der Öffentlichkeit nicht wenige Forderungen, Einrichtungen und Gebäude, die sich noch im Eigentum der SED befanden, der Nutzung in dem jeweiligen Territorium zu übergeben.

Auf Grund des Beschlusses des Parteivorstandes¹⁶ wurde auch im Kreis Luckenwalde das Dienstgebäude der Kreisleitung in städtisches Eigentum überführt, obwohl es 1951 ein Geschenk der Stadt an die Partei gewesen war. Es kam schließlich so, dass auf der einen Etage des Hauses Parteiarbeit geleistet wurde, auf den übrigen irgendwelche anderen Büros und Institutionen tätig waren.

Für uns als sehr hilfreich erwies sich die Unterstützung durch die noch im Territorium befindlichen sowjetischen Einheiten. Sie stellten uns Fahrzeug- und Informationstechnik zur Verfügung, was uns sehr half, diese Umstrukturierung zu vollziehen. Waren doch nicht wenige Meter von Büchern und Unterlagen zu archivieren bzw. zu vernichten.

Über diese Zeit muss man sagen, dass die politische Arbeit nicht in der kontinuierlichen Abarbeitung von Beschlüssen des Parteitages und von Tagungen bestand, sondern wir haben mehr oder weniger spontan agiert. Auf der einen Seite haben wir zunehmend Parteiaustritte, darunter auch Parteiaustritte von Funktionären, von Leitungskadern der SED, zur Kenntnis nehmen müssen, was wir bis dahin für unmöglich gehalten hätten. Für viele damals in der Geschäftsstelle tätigen jungen Genossen war es unverständlich, dass Genossen, die über Jahrzehnte politische Erfahrungen gesammelt hatten, hauptamtlich in der Partei wirksam waren, plötzlich so falsch reagierten und ihr Mitgliedsbuch beispielsweise über den Zaun der Kreisleitung warfen.

Frage: Warum hast Du das nicht gemacht?

Antwort: Meine Verbundenheit zur SED beruhte darauf, dass ich im Stahl- und Walzwerk Brandenburg¹⁷ oft nahe mit Mitgliedern der Partei in der Produktion und auch in den Leitungsgremien gewirkt habe. Mir hat eigentlich diese Zeit im Stahl- und Walzwerk Brandenburg, in einem sozialistischen Großbetrieb so viel Rückhalt gegeben, und ich hatte so viele persönliche Erlebnisse, die mir deutlich zeigten, in welcher Auseinandersetzung sich die beiden Grundsysteme befanden. Wenn wir sagen Kalter Krieg, so hat das in dieser Zeit für mich persönlich sehr viel damit zu tun, dass ich am eigenen Arbeitsplatz erlebt habe, wie beispielsweise durch

das Abschalten von Strom, durch die Nichtgewährung von Gas, entschieden in Salzgitter, die Produktion im Stahl- und Walzwerk Brandenburg unmöglich gemacht werden sollte. Für mich war an Ort und Stelle sichtbar, wer wo dreht, um das Leben bei uns negativ zu beeinflussen. Wer das in einem Großbetrieb mitgemacht und gesehen hat, wie der Klassenfeind reagiert hat, in der Sprache der damaligen Zeit gesprochen, der hat eine enge Bindung zu den Zielen der SED und zu den Menschen erhalten, die sich zu diesen Zielen bekannten. Ein Arbeiter am Ofen hat mir des öfteren erklärt: „So lange du da bleibst Junge, wo die Schornsteine rauchen, wird es dir immer gut gehen. Wir alle hier arbeiten eigentlich nur dafür, dass es unserer Jugend einmal besser geht.“ Das war damals für mich ein bisschen eine platte Argumentation. Mit dem Schornstein, das habe ich mir aber doch sehr lange gemerkt, weil ich es manchmal auch beim Studium als Motivation brauchte, weil das Studium nicht immer den praktischen Bezug hatte. Es war mir Motivation, wieder in das Werk zurückzukehren.

Die Menschen, die im Stahlwerk arbeiteten, und das waren überwiegend Mitglieder der SED, waren mir Vorbild, mit denen ich mich verglich und denen ich nacheiferte. Aus dieser Zeit stammt meine enge Verbindung zur Partei, die sich mit der zunehmenden eigenen Verantwortung in der Partei tiefer ausprägte.

Wenn man sich fragt, warum hat man das selbst nicht gemacht, einfach alles hin zu schmeißen, so hängt das sicher damit zusammen, dass so viel Gutes entstanden war. Wir waren wirklich zutiefst davon überzeugt, dass das, was an sozialen Errungenschaften erreicht wurde, einmalig war. Es gab dafür kein Beispiel. Dass das Wirtschaftskonzept in Gänze nicht so zur Verfügung stand, um alle Probleme auf einmal zu lösen, hing unter anderem auch damit zusammen, dass wir gestört dabei wurden, unsere Konzepte umzusetzen. Man muss sich wirklich Zeit nehmen, um wissenschaftlich über solche Dinge zu reden - wo die Fehler des Konzeptes waren. Auf diesem Gebiet muss weiter gearbeitet werden, um zukünftig Lösungen zu finden.

Letztlich hängt das Verhältnis zur Partei auch damit zusammen, wie jeder selber zur Sache steht und mit der Sache umgeht.

Mein Leben haben viele Genossinnen und Genossen begleitet, die hohe Verantwortung trugen. So hatte ich zum Parteisekretär des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg guten Kontakt, weil ich Sekretär der FDJ-Grundorganisation war. Dadurch kannte ich viele Probleme, die dieses Werk, die die Menschen hatten. Ich hatte persönliche, familiäre Kontakte zum Werk, weil in der Familie alle in diesem Werk arbeiteten. Das war also irgendwo nicht bloß schlechthin das Stahlwerk, das war unser Stahlwerk. Da prägte sich einiges, was heute so schnell nicht wieder zu finden ist. [...]

*Hans-Jürgen Akuloff war von Dezember 1987 bis
Ende 1989 Sekretär der SED Kreisleitung und
von Anfang 1990 bis Anfang 1992 Vorsitzender
des Kreisvorstandes der PDS Luckenwalde*

Lothar Nicht

Alles von innen her besser machen

Nachdem ich, vom Studium in Moskau, das ich von 1981 bis 1985 absolvierte, versehen mit dem Gedankengut der Perestroika, zurückgekehrt war, dachte ich, mit anderen zusammen bekommen wir auch hier Veränderungen hin. Dabei habe ich nie an strukturelle Umgestaltungen gedacht, geschweige denn, eine neue Partei zu gründen. Das wäre mir überhaupt nicht in den Kopf gekommen. Ich wollte in der SED reformieren und hatte noch lange die Vorstellung, dass man alles von innen her besser machen kann. Dass das nicht geklappt hat, weiß ich inzwischen. Das habe ich aber erst über die Jahre begriffen.

Im Patentamt, meinem Arbeitsbereich bis zum April 1990, gab es in der Grundorganisation schon einige Zeit große Diskussionen. Das war eine Zeit, wo in der Partei, so auch bei mir, die Artikulation anderer Gedanken immer deutlicher wurde. Ich kann mich noch an die Zeit des Sputnikverbots¹⁸ erinnern. Da habe ich in der Parteileitung, ich war bis zu meinem Ausscheiden Parteisekretär, einen Beschluss eingebracht, dass wir gegen das Verbot protestieren, und der ist einstimmig angenommen worden. Im Patentamt haben mich alle unterstützt. Der Vizepräsident des Patentamtes war in der Parteileitung, und der Präsident, Joachim Hemmerling, wusste davon, aber es ist mir nichts passiert. Wir waren ja damals im Staatsapparat beschäftigt. Da war ein solcher Beschluss schon etwas Besonderes. Wir saßen nur wenige Meter vom Zentralkomitee entfernt. Dieses Beispiel zeigt, wie inhomogen die Partei war, dass an verschiedenen Stellen Leute saßen, die gesagt haben, so geht es nicht weiter. Die eingetretene Situation hatte viele Ursachen. Das nur auf die starrköpfigen Alten zurückzuführen, wäre zu einfach. Es hat schon viel früher begonnen. In der Wirtschaft mit der Verstaatlichung der halbstaatlichen Betriebe, mit dem Kulturplenum, als die zarten Pflänzchen zertreten wurden. Nicht der Klassenfeind hat unser System implodieren lassen. Das ist von allein zusammen gefallen.

Als zwischen Oktober und Dezember 1989 Massenaustritte aus der Partei auch im Patentamt erfolgten, habe ich einen Wäschekorb in mein Büro gestellt. Ein Teil der Mitglieder hielt es noch für nötig, zu mir ins Zimmer reinzugucken. Andere haben nur die Tür aufgemacht und ihren Ausweis reingeschmissen. Eine ganze Reihe von Leuten, die vorher in der Parteileitung oder in der Kampfgruppe Kommandeure oder Hundertschaftskommandeure waren, die vorher, ich sage es einmal zugespitzt, auch „rote Unterhemden“ trugen, die hatten alles vergessen, die waren nie dabei gewesen.

Das Schlüsselerlebnis für mich war, dass mein damaliger Freund und Vorgänger als Parteisekretär als einer der ersten sein Dokument zurückreichte. Da verstand ich die Welt nicht mehr. Dann haben wir, d.h. mein Freund Peter Frenzel, der auch im Patentamt arbeitete und in Königs Wusterhausen wohnte und ich gesagt, im Patentamt hat sich das mit der SED erledigt. Was machen wir jetzt? Jetzt gehen wir ins Wohngebiet. Bis dahin waren wir dort nicht aktiv gewesen. Von unten, parallel zur Kreisleitung der SED, die überhaupt nichts mehr in der Hand hatte, politisch de facto nicht mehr wirksam war, haben wir neu begonnen.

Wir trafen uns mit ganz unterschiedlichen Leuten, so einem ehemaligen General der Grenztruppen, mit Wolfgang Berger, dem schon verstorbenen persönlichen Mitarbeiter Walter Ulbrichts und anderen, älteren und jüngeren.

Als erstes haben wir eine Versammlung im Internat des Außenministeriums in Königs Wusterhausen einberufen, zu der wir Einladungen mit der einfachen Überschrift „Wir laden ein, wir wollen beraten, was wir jetzt tun können“ in die Briefkästen geworfen haben. Diese Versammlung war für mich das stärkste Erlebnis in dieser Zeit. In den Saal des Internats passten ungefähr 400 Leute und draußen standen noch einmal 200. Mit Lautsprechern wurde nach draußen übertragen – es war unvorstellbar.

Es gab Verunsicherung, aber auch Initiativen, etwas anders zu machen, wobei keiner so richtig wusste, was er eigentlich anders machen wollte oder sollte. Es gab schon noch eine größere Anzahl, die da nicht einfach ihre Dokumente entsorgten. Daraus sind vielerorts Initiativgruppen für die PDS entstanden. Wir haben Arbeitsgruppen zu Sachthemen wie Wohnen, Verkehr und Wirtschaft gebildet. Im Januar oder Februar 1990 gab es ein erstes großes Treffen der Initiativgruppen der SED/PDS in Berlin, zu dem wir auch gefahren sind und uns aktiv beteiligt haben.

Das war neben oder aus dem alten Mantel der SED heraus entstanden. Vieles war personell fast identisch, wobei ich das als nichts schlimm empfinde, wenn auch andere immer wieder behaupten, wir hätten die Personen alle auswechseln sollen. Aber dann hätte es die PDS nicht gegeben und es wäre unehrlich gewesen.

Im Oktober 1989 war der damalige Kreissekretär der SED von Königs Wusterhausen, Karl-Heinz Holz, zurückgetreten oder abgewählt worden. Bis zum Februar 1990 war Manfred Kühn im Amt. Im Februar 1990 bin ich ganz unkompliziert zum Kreisvorsitzenden gewählt worden. Ich bin früh zur Delegiertenkonferenz gegangen und abends war ich Kreisvorsitzender. Weil ich die Konferenz gut geleitet habe, hat man mir gesagt, da kannst du das ja auch gleich machen.

Aus der noch bestehenden Interimskreisleitung ist ein Teil mit in den neuen Kreisvorstand gekommen, so Angelika Schwaller, zuständig für Agitation, Hannelore Scholtisek, die aber später aus dem Vorstand, möglicherweise auch aus der Partei ausgeschieden sind..

Bis Mitte April 1990 war ich ehrenamtlicher Kreisvorsitzender. Dann habe ich das Angebot zur Umwandlung in eine hauptamtliche Tätigkeit angenommen, weil ich die Arbeit im Patentamt und in der PDS zeitlich kaum noch geschafft habe. Und außerdem hatte ich keine Lust mehr auf die Heucheleien im Patentamt.

Was den personellen Apparat und das Gebäude betraf, in dem der Kreisvorstand untergebracht war, waren harte Schnitte notwendig. Wir mussten Leute entlassen.

Die ersten waren die Küchen- und Reinigungskräfte, das technische Personal. Die Partei im Lande hatte dafür kein Geld mehr. Das setzte sich bei den anderen Mitarbeitern fort bis auf einen Mindeststand. Das waren Anfang 1991 noch vier oder fünf Leute.

Das andere war die Immobilie. Das habe ich in Abstimmung mit meinen Leuten vor Ort selber entschieden. Ich habe nicht darauf gewartet bis die Volksmenge vor dem Kreisleitungsgebäude

steht, sondern habe im Frühjahr 1990 mit dem damaligen SPD-Vorsitzenden, Handwerkermeister Pruskil, wirklich wie im Film, auf der Straße vereinbart, ihr kriegt das, also die Stadtverwaltung kriegt das Kreisleitungsgebäude, und wir ziehen in das Gebäude der Stadtverwaltung, ein Mietobjekt um. Das vollzog sich so, dass wir uns erst einmal eine halbe Stunde auf der Straße angeschrien, dann eine halbe Stunde nicht mehr geschrien und uns schließlich die Hand darauf gegeben und es letztendlich so gemacht haben. Es hat zwar noch etlichen Ärger mit meiner PDS-Obrigkeit gegeben, aber ich denke, vor Ort war das eine sehr vernünftige Entscheidung. Man hätte es keinem erklären können, dass die Stadtverwaltung beengt arbeiten musste, und wir mit nur noch wenigen Mitarbeitern in einem Haus mit großen Räumen und langen Fluren saßen.

Zu dieser Zeit wurde viel programmatisch gearbeitet und über programmatische Fragen debattiert. Das wollten viele, um sich selbst und ihren Platz zu finden. Das führte natürlich auch dazu, dass der eine oder andere gesagt hat, das ist nicht mehr mein Ding., ihr seid mir zu revisionistisch. Aber das war Sache jedes einzelnen. Andere waren so enttäuscht, dass sie keine Partei mehr wollten.

Programmatisch hat mich damals das Berliner SPD-Programm¹⁹ nicht nur beeindruckt, sondern auch in meiner weiteren Arbeit beeinflusst. Es gab in der ersten Zeit in der PDS nicht nur eine kommunistische Plattform, die es heute noch gibt, sondern auch eine sehr kleine sozialdemokratische Plattform, ich glaube in Leipzig angesiedelt. Ich hatte damals immer vor, mich da irgendwie einzubringen, aber das hat sich dann im Alltagsgetriebe zerschlagen. Ich war damals der Auffassung, dass das völlig legitim ist. Das Statut erlaubt es auch. Dort ist eindeutig festgeschrieben, dass in der Partei Platz für Sozialisten, Kommunisten, Sozialdemokraten und Christen ist. Das waren Punkte in meinem eigenen Denkprozess, die zum Bruch mit meiner damaligen Vorstellung von Sozialismus führten. Das hat sich nicht an einem Tag vollzogen und dauert bis heute an.

Eine Rolle spielte in der Zeit nach der Wende auch die MfS-Problematik. Ich war von Anfang an der Auffassung, die ich auch heute noch vertrete, ob jemand als Hauptamtlicher beim MfS war oder ob er in der Gewerkschaft oder der DSF eine Funktion hatte, wenn er jemanden durch Denunziation schaden wollte, konnte er das überall. Für mich war es immer die Frage, ob einer *bewusst* jemanden geschadet hat. Da ist es für mich egal, ob einer IM war oder nicht. Deshalb war für mich nicht das MfS der Ausgangspunkt. Das MfS war das Instrument der SED. Es hat nicht im luftleeren Raum existiert. In diesem Sinne kam das schon im Referat von Michael Schumann auf dem Außerordentlichen Parteitag²⁰ zum Ausdruck. Und ich fand gut, was Michael Schumann dann später gemacht hat, als er es bis zum Beschluss von 1994 im Landtag „Zum menschlichen Umgang mit der Vergangenheit“ brachte²¹. Das war etwas sehr wertvolles, auch im Umgang miteinander und für mich persönlich sehr wichtig.

Damals gab es eine ganze Reihe von jüngeren Leuten, die in die PDS eingetreten sind. Das war zum Beispiel Halina Wawzyniak, heute Mitglied des Parteivorstandes. Die habe ich damals in die PDS geholt. Sie war erst so um die 16 Jahre alt. Wir hatten gerade mit dem neuen Statut beschlossen, dass das geht. Auch Arbeiter sind damals in die PDS eingetreten.

Das war so etwas richtig Schönes. Da träume ich heute noch manchmal davon.

In dieser ziemlich bewegten Zeit, die es so danach nicht wieder gab, habe ich sehr viele Kontakte zu Andersdenkenden knüpfen können, besonders nach dem Februar 1990. im Zusammenhang mit dem Runden Tisch in Königs Wusterhausen. Ich kann mich erinnern, dass wir damals, noch im Haus der Kreisleitung Königs Wusterhausen, um den langen Tisch des 1. Sekretärs versammelt waren. Bis früh um vier oder fünf haben wir gesessen, diskutiert und geraucht. Vertreten waren die FDJ, die Kirche, die Vereinigte Linke und die Grünen - quer durchs Gemüsebeet. Es war hochinteressant und spannend und hat viel, viel Spaß gemacht. Das Verhältnis der anderen Parteien zu uns war damals auf völlige Abgrenzung orientiert. Die Wahlen 1990 haben uns ja ziemlich deutlich auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. An über 20 % war damals überhaupt nicht zu denken. Bei Umfragen waren wir bei sieben bis acht %.

Bei den Kommunalwahlen im Mai 1990 bin ich in den Kreistag Königs Wusterhausen und dort als Fraktionsvorsitzender der PDS gewählt worden. Einige wenige SPD-Funktionäre haben mich mit Schaum vorm Mund als „roten Verbrecher“ bezeichnet und damit maßgeblich dazu beigetragen, dass ich in der PDS immer ein aktives Mitglied geblieben bin.

Für die PDS haben dann für den Landtag Stefan Ludwig, einer der nächtlichen Mitdiskutierer, und Bernhard Gonnermann kandidiert.

Das war schon eine sehr aufregende Zeit. Spannend und aufregend, weil auch PDS-Veranstaltungen in ganz anderem Maße von anderen besucht wurden, als das heute in der Regel der Fall ist. Der Saal der ehemaligen Kreisleitung war voll besetzt bei Veranstaltungen.

Heute bist du froh, wenn 20 oder 30 Leute kommen, darunter vielleicht zwei oder drei, die nicht zur PDS gehören. Das war damals kein Problem. Nun gibt es dafür sicher viele gesellschaftliche Ursachen, aber ich denke, wir haben auch eine Aktie daran, dass es so ist.

Das hatte auch etwas damit zu tun, wie wir die Parteiarbeit verstanden haben. Unser damaliger Ansatz war wirklich sehr gut. So zum Beispiel haben wir bei unseren Veranstaltungen für Kinderbetreuung gesorgt. Damals haben wir gefragt, haben die denn keine anderen Sorgen. Aber es war gut, dass wir es so gemacht haben. Heute spielt so etwas leider fast keine Rolle mehr. Es wird nur noch, wie sagt man, auf Berufsrevolutionäre abgestellt, die möglichst nicht mit Kindern oder Familie belastet sind. Das finde ich nicht gut. Da müssen wir eigentlich wieder hin, dass wir wieder ein bisschen Lust und Laune, Gemütlichkeit verbreiten und nicht alles so ideologisch überfrachten, so dass auch die Leute wieder kommen.

*Der Beitrag entstand auf Grundlage eines Interviews mit Lothar Nicht,
zwischen Februar 1990 und Anfang 1992 Vorsitzender des
PDS-Kreisvorstandes Königs Wusterhausen,
am 9. Februar 2005*

Dokumente

Dokument 1

Die weiteren Aufgaben der Partei zur politisch-organisatorischen Neuformierung der Grundorganisationen (Auszug), Cottbus, 5. Januar 1990²²

Die programmatischen Dokumente des Außerordentlichen Parteitages der SED – Partei des demokratischen Sozialismus, insbesondere das Grundsatzreferat des Vorsitzenden des Parteivorstandes, Genossen Gysi, und das angenommene neue zeitweilige Statut der Partei erfordern von den 63 000 Mitgliedern der Cottbuser Parteiorganisation eine umfassende aktive Arbeit zur Erneuerung der Partei.

Im Mittelpunkt steht dabei die Neuformierung der Parteiorganisation, die Wiederherstellung arbeitsfähiger Kreisvorstände und Grundorganisationen in Betrieben, Einrichtungen und Wohngebieten und der Stopp der Austritte.

Der Erfolg dieser Arbeit hängt wesentlich davon ab, wie es dem Bezirksvorstand, den Kreisvorständen und vor allem den Grundorganisationen unserer Partei gelingt, die Einheit

- von Wahlen in der Partei auf allen Ebenen,
- Neuformierung der Partei zur Wahlkampfpartei und
- Ummeldung ausgewählter Parteiorganisationen in Wohngebiete und Orte

politisch und organisatorisch straff zu leiten...

Die mit den Beschlüssen des Außerordentlichen Parteitages gegebene Orientierung und der damit verbundenen Trennung von alten Strukturen erfordert im wesentlichen die Abschaffung von hauptamtlichen Funktionen in Grundorganisationen der Betriebe und Einrichtungen.

Damit ist eine Neuformierung und Konsolidierung der Parteikräfte notwendig, die verlustarm erfolgen sollte und gleichzeitig neue Möglichkeiten der aktiven Arbeit jedes Genossen in seinem Wirkungsfeld bietet...

Die Neuformierung der Partei sollte sich – in Anlehnung an sich entwickelnde Erfahrungen in Grundorganisationen des Bezirkes – auf der Grundlage folgender Organisationsformen vollziehen:

Genossen, die gegenwärtig in Grundorganisationen von Betrieben und Einrichtungen organisiert sind, können sich

- a) weiterhin in ihrer bisherigen Grundorganisation des Betriebes oder der Einrichtung organisieren und gestalten ein aktives Parteileben außerhalb des Betriebes und der Einrichtung im territorialen Umfeld. Sie bilden Parteigruppen oder Parteiaktive und wählen aus ihrer Mitte den Sprecher;
- b) in Wohnparteiorganisationen der Betriebe (WPO/B) organisieren. Wo Genossen in städtischen Wohngebieten bzw. größeren Gemeinden konzentriert wohnen, sind sie nach Möglichkeit geschlossen in eine WPO/B zu überführen;...
- c) nach dem Territorialprinzip in ihrer zuständigen WPO, OPO, wo sie wohnen, anmelden, leisten als Mitglied einer Grundorganisation aktive politische Arbeit im Territorium und ent-

richten dort ihren Beitrag.

Sie wirken in den gesellschaftlichen Gremien des Territoriums wie Wahlkreisaktiven, WBA, OA oder HGL mit, unterstützen die Kandidaten unserer Partei im Wahlkampf, nehmen an der Bildungsarbeit der Partei teil und übernehmen selbst Wahlfunktionen.

Die Grundorganisationen an den Hoch- und Fachschulen bleiben erhalten. Die entsprechenden Kreisvorstände der Partei sichern durch selbst festzulegende Maßnahmen die Unterstützung und Formierung dieser Grundorganisationen und ihre aktive Einbeziehung in die Wahlkampfaktivität im Territorium ...

Diese Neuformierung erfordert die Schaffung folgender Voraussetzungen:

Wir empfehlen entsprechend den territorialen Bedingungen, Parteistützpunkte (Geschäftsstellen), die von hauptamtlichen Kadern der Partei geleitet und das Bindeglied zwischen Kreisvorstand und Grundorganisation (des Territoriums bzw. des Betriebes oder der Einrichtung) sind, zu bilden ...

Die Stützpunkte sind verantwortlich für die Unterstützung der politischen Arbeit der Genossen in den Grundorganisationen der Wohngebiete und Betriebe und Einrichtungen ...

Dieser Prozess der Schaffung neuer Organisationsstrukturen im Wohngebiet ist mit den bestehenden WPO/OPO und ihren Leitungen schrittweise und vor allem mit den Erfahrungswerten der älteren Genossen zu sichern ...

Aufgaben zur Führung und Koordinierung der Ummeldungen der Genossen aus Parteiorganisationen der bewaffneten Kräfte und staatlichen Organe:

In der Bezirksparteiorganisation werden auf der Grundlage der vom Außerordentlichen Parteitag gefassten Beschlüsse zur Auflösung bisher zentral geleiteter Parteiorganisationen die dort organisierten Genossen in bestehende Wohnparteiorganisationen umgemeldet. [...]

Dokument 2

Aus dem Bericht Roland Hücks über Untersuchungen zu Korruption und Amtsmissbrauch durch ehemals leitende Funktionäre der Partei- und Staatsorgane sowie der Wirtschaft an die 1. Bezirkskonferenz der PDS Potsdam vom 11. Februar 1990²³

Die damaligen Sekretariate der Bezirksleitung sowie der Kreisleitungen der SED beauftragten im Dezember 1989 unanhängige Kommissionen mit der Untersuchung von Vorwürfen aus der Bevölkerung gegen leitende Funktionäre aus Partei- und Staatsorganen sowie aus der Wirtschaft wegen Korruption und Amtsmissbrauch.

So nahm am 4. Dezember 1989 eine Untersuchungskommission unter Leitung von Genossen Roland Hück, Rechtsanwalt und ordentlicher Delegierter des Sonderparteitages der SED, ihre Tätigkeit in der Bezirksleitung auf. Alle Kommissionen veranlassten die Sicherung von Materialien durch die Versiegelung verschiedener Räume und von Stahlschränken. Die Untersuchungskommissionen arbeiteten mit Parteikontrollkommissionen, mit Untersuchungskommissionen der staatlichen Organe sowie bei Notwendigkeit mit Staatsanwaltschaften, mit der Volkspolizei und ABI-Komitees zusammen.

Gegenstand der Untersuchungen waren Vorwürfe gegen einzelne Personen und die Klärung von Sachfragen zu Objekten.

Auf Anregung der bezirklichen Untersuchungskommission erfolgte ergänzend am 27. und 28. 12. 1989 eine Tiefenprüfung durch die Bezirksrevisionskommission²⁴ in der Finanz- und Geschäftsabteilung des Bezirksvorstandes der SED.

Bei erwiesenem Verstoß gegen das Statut der Partei wurde die Einleitung von Parteiverfahren veranlasst, ergab sich der Verdacht auf strafrechtlich zu verfolgende Handlungen, so wurden davon die zuständigen staatlichen Untersuchungsorgane in Kenntnis gesetzt...

Die Untersuchungskommission prüfte Vorwürfe gegen die Genossen G[Günther] Jahn, ehemaliger 1. Sekretär der BL, U[Ulrich] Schlaak, ehemaliger 2. Sekretär der BL, R[Rainer] Bartling, ehemaliger Sekretär für Landwirtschaft der BL, G[Gerhard] Pannhausen, ehemaliger 1. Sekretär der KL Potsdam, Ulrich Albrecht, ehemaliger 1. Sekretär der KL Rathenow, Franz Schmoranzer, ehemaliger 1. Sekretär der KL Oranienburg, Walter Vogt, ehemaliger Abteilungsleiter Parteiorgane der BL, und gegen Genossen [Erich] Griebisch, ehemaliger Chef der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, sowie Probleme im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bayerischen Hauses als Gästehaus der Bezirksleitung...

Die Bezirksrevisionskommission prüfte Ausgaben des ehemaligen Sekretariats der Bezirksleitung für Ehrungen und Veranstaltungen, die Lagerwirtschaft, die Arbeit der Kfz-Werkstatt, den Verkauf ausgesonderter PKW und den Kraftstoffverbrauch sowie den Einsatz der Betriebshandwerker, die Führung des Baumateriallagers und den Verkauf von Grund- und materiellen Umlaufmitteln.

Die Prüfung machte deutlich, dass die Mehrheit der Mitarbeiter ihre Tätigkeit verantwortungsbewusst ausübte.

Es wurde jedoch ein sehr großzügiger Umgang mit Parteigeldern für Ehrungen und Veranstaltungen des Sekretariats der Bezirksleitung festgestellt. Damit wurde gegen Grundsätze der Finanzwirtschaft der SED und geltende Parteibeschlüsse verstoßen, wofür der ehemalige 1. und 2. Sekretär sowie der Leiter der Finanz- und Geschäftsabteilung der Bezirksleitung verantwortlich sind.

Zur Lagerwirtschaft im Bereich der Kfz-Werkstatt gab es keine Beanstandungen. Kfz-Reparaturen für parteieigene Fahrzeuge sowie für ausgewählte Institutionen wurden entsprechend der geltenden Bestimmungen ordnungsgemäß verrechnet, bei Leistungen für Mitarbeiter wurden jedoch nur die Ersatzteile in Rechnung gestellt. Bei der Prüfung des Verkaufs ausgesonderter Kfz im Zeitraum 1976 bis 1988 musste festgestellt werden, dass der ehemalige Abteilungsleiter der Finanz- und Geschäftsabteilung sowie der ehemalige Fahrdienstleiter mehrere Kfz erhielten. Hier liegt nach Meinung der Bezirksrevisionskommission Amtsmissbrauch durch die Inanspruchnahme ungerechtfertigter Privilegien vor. Es ist auch unverständlich, dass der Sohn des ehemaligen 2. Sekretärs zwei Fahrzeuge kaufen konnte.

Verstöße gegen bestehende Regelungen wurden beim Einsatz von Betriebshandwerkern für Leistungen gegenüber Mitarbeitern der Bezirksleitung festgestellt, da nur die eingesetzten Materialien in Rechnung gestellt wurden. Für die umfangreiche Feierabendtätigkeit der Betriebs-

handwerker an Objekten ist die Nachweisführung lückenhaft, ebenso die Nachweisführung im Baumaterialienlager.

Ergebnis der Tätigkeit kreislicher Untersuchungskommissionen:

Von den Untersuchungsausschüssen der Kreise wurde eine Vielzahl von Vorwürfen gegen ehemalige 1. und 2. Sekretäre der Kreisleitungen, weitere Sekretäre, gegen Vorsitzende und Mitglieder der Räte der Kreise, Bürgermeister und Wirtschaftsfunktionäre geprüft. Das Spektrum der Beschuldigungen ist außerordentlich breit, sie beziehen sich vorrangig auf Amtsmissbrauch beim Erwerb und bei der Bebauung von Grundstücken mit Eigenheimen bzw. Bungalows, auf die Annahme größerer Geschenke zu Jubiläen oder Auszeichnungen, auf die Verschwendung von Volkseigentum, Bereicherung, ungerechtfertigte Kfz-Benutzung, überhöhte Repräsentationsaufwendungen, unberechtigte Eingriffe in die Wohnungsvergabe, Alkoholmissbrauch u.a.

Es kann festgestellt werden, dass ein großer Teil der Vorwürfe ungerechtfertigt ist, so z.B. gegen die ehemaligen 1. Sekretäre der Kreisleitungen Jüterbog, Genossen [Paul] Steffen, und Nauen, Genossen [Kurt] Moritz, sowie gegen den ehemaligen 2. Sekretär der Kreisleitung Gransee, Genossen [Jörg] Fritz. Bei berechtigten Beschuldigungen wurden Parteiverfahren eingeleitet, z.B. gegen Genossen [Gerhard] Schuster, ehemals 1. Sekretär der Kreisleitung Belzig, wegen erwiesenem Machtmissbrauch, arrogantem Verhalten gegenüber Genossen, moralischer Verfehlungen und Ablehnung von Kritik, aber auch gegen eine Reihe ehemaliger Sekretäre von Kreisleitungen. Als Beispiele sollen der ehemalige Sekretär für Wirtschaft von Nauen, der ehemalige Sekretär für Landwirtschaft und der ehemalige Sekretär für Agitation und Propaganda von Neuruppin genannt werden.

Umfassend wurde dazu in den Kreisdelegiertenkonferenz Stellung bezogen.

Die Untersuchungskommissionen haben die Ergebnisse ihrer Arbeit in einer Vielzahl von Fällen Untersuchungskommissionen der Kreistage bzw. der Räte der Kreise, den Kreisstaatsanwälten, den Untersuchungsbehörden der Volkspolizei oder den Komitees der ABl übermittelt. Auf dieser Grundlage wurden bzw. wird die notwendige disziplinarische oder strafrechtliche Verantwortung geprüft.

Schlussfolgerungen:

- Auf der Basis der Untersuchungsergebnisse der bezirklichen Untersuchungskommission und von Vorschlägen der Bezirksparteikontrollkommission beschloss die Bezirksleitung der SED auf ihrer Sitzung am... den Ausschluss der Genossen Rainer Bartling, Gerhard Pannhausen und Gerhard Schuster.

Entsprechend des damals noch gültigen Parteistatuts wurden Genosse Griebisch mit einer strengen Rüge und Genosse Schmoranzler mit einer Rüge bestraft.

Gegen Genossen Ulrich Schlaak wurde ein Parteiverfahren eingeleitet.

- Die Kreisleitungen bzw. Kreisvorstände schlossen die ehemaligen 1. Sekretäre ... aus der Partei aus.
- Die neugewählten Schiedskommissionen sollten den Auftrag erhalten, bisher nicht abgeschlossene Parteiverfahren fortzuführen bzw. entsprechend neuer Erkenntnisse die par-

teilmäßige Verantwortung ehemaliger leitender Parteifunktionäre zu prüfen. Dabei sind die Ergebnisse der Tiefenprüfung der BRK von 27./28. 12. 1989 einzubeziehen.

Dokument 3

Aus dem Diskussionsbeitrag von Heinz Vietze auf der 1. Bezirkskonferenz der PDS Potsdam vom 11. Februar 1990²⁵

[...] Zur Vielzahl der zu lösenden Probleme im Zusammenhang mit der Beseitigung von Strukturen gehören auch die, dass ... für einen Parteiapparat, der über 1000 Mitarbeiter und Sekretäre zählt und sich natürlich ein beträchtliches Potential an Grundmitteln angesammelt hat, eine Partei, die unter Gleichen kämpft, bedarf dieser Größenordnung an Grundmitteln und Beständen nicht. Daraus ergibt sich, dass wir im Parteivorstand in Berlin auf berechtigte Hinweise der Bürger des Landes und auch vieler Genossen uns erstens zu erklären hatten zu dem nicht rechtmäßig erworbenen Eigentum. Was wir vielfach so behandelt haben, wozu gehörten Parteibetriebe u.a., wo dem Volkseigentum etwas vorenthalten wurde bzw. wo Volkseigentum entsprechend den gesetzlichen Möglichkeiten der Vergangenheit in Parteieigentum überführt wurde, wo man manchmal etwas dafür bezahlt hat oder nicht und demzufolge eine entsprechende saubere Klärung diesbezüglich erfolgte. Das waren zentrale Beschlüsse, die veröffentlicht wurden am 13. Januar und vor der letzten Parteivorstandstagung. Das setzte voraus, dass sämtliche Objekte, die sich in Nutzung der Partei befinden, die in Rechtsträgerschaft der Partei sind oder Eigentum der Partei sind, entsprechend aufzuarbeiten sind... Hier gab es eine ganze Reihe Bürgerkomitees, die in den Territorien dafür die unterschiedlichsten Nutzungsvarianten vorgeschlagen haben. Also das ist eine Sache, die wir generell praktiziert haben und dazu gehören Objekte, gehörten Ferienheime, gehört die Bezirksparteischule, gehört das Bayerische Haus u.a., und dazu gehört auch der Fuhrpark... Der Anteil der Gerüchte und Verleumdungen wird sicherlich zukünftig zunehmen, und wir sollten uns als Genossen natürlich überlegen, wo man was wie nachfragt, denn was einmal öffentlich wird, hat zumeist eine große Breitenwirkung und hat zumeist auch ganz selten die Chance, richtig gestellt zu werden und führt immer zur Diskriminierung der Partei. [...]

Dokument 4

Auszug aus der Rede Wolfgang Thiels auf der ersten Delegiertenkonferenz der PDS des Bezirkes Cottbus am 16. Februar 1990²⁶

[...] - Die demokratische Revolution vom Oktober/November wollte eine bessere DDR, aber nicht deren Beseitigung.

- Die Demonstranten von damals wollten stalinistische Strukturen zerschlagen.
- Diese Revolution wollte soziale und andere Errungenschaften in der DDR bewahren, den Stalinismus durch Demokratie, Freiheit und Menschenrechte ersetzen.

Das waren und sind auch unsere Ziele.

Inzwischen ist eine neue Etappe erreicht, in der die Gefahr besteht, bisherige Errungenschaften generell zu gefährden.

Dafür gibt es politische und soziale Ursachen.

Der erste Abschnitt der revolutionären Umgestaltung entsprach zahlreichen intellektuellen Wünschen und Vorstellungen einer Vielzahl von Menschen, er ließ aber soziale Interessen zu sehr im Hintergrund.

Gerade viele Arbeiter, aber auch Bauern fragen sich, was hat ihnen diese Revolution bis jetzt gebracht. Die Arbeits- und Lebensbedingungen sind nicht leichter geworden und ihre soziale Sicherheit sehen sie gefährdet. Eine politische Interessenvertretung fehlt ihnen, denn unsere Partei nehmen sie kaum an, und andere Parteien und Bewegungen halten sie für zu intellektuell bzw. identifizieren sich nicht mit ihnen.

Auch die Gewerkschaften sind ja im Umbruch und müssen erst Vertrauen neu gewinnen. Solche Unzufriedenheit kann zu weiterer politischer und wirtschaftlicher Instabilität führen, birgt Gefahren in sich zu links- bzw. rechtsradikalen Aktionen.

Auch nicht wenige Menschen unseres Bezirkes glauben, dass ein sofortiger Anschluss der DDR an die BRD die Lösung aller Probleme bringen würde, und mehrere andere Parteien weisen nicht auf die ernsten innenpolitischen Konsequenzen hin, auf die Unmöglichkeit einer schnellen Vereinigung zum gegenwärtigen Zeitpunkt...

Die Wahrheit ist, dass ein Anschluss der DDR an die BRD die europäische Stabilität ernsthaft beeinträchtigen und die Interessen anderer europäischer Völker verletzen würde, dass die BRD ökonomisch und sozial überfordert wäre, dass viele Bürger der DDR ihre Arbeitsplätze, ihre Wohnungen, ihre Grundstücke und Bauern ihr Land verlieren würden...

Unsere Partei betrachtet die deutsche Einigung als einen historischen Prozess, der schrittweise vollzogen werden muss, hin zu einem europäischen Deutschland.

Das erfordert den Wandel auf beiden Seiten!

Jeder der beiden Staaten muss seine Werte in die künftige Gemeinschaft einbringen.

Ein gutes Ganzes fügt sich aus stabilen Teilen.

Das muss vertraglich gesichert werden.

Der Weg zur deutschen Einheit ist als Teil der Entwicklung Europas zu einem entmilitarisierten, friedlichen, demokratischen und sozialen Europa zu gestalten, das für die Lösung der globalen Probleme bislang nicht den gekannten [?] Beitrag leistet...

Die begonnene Umwälzung hat ihre eigenen Merkmale...

Die Veränderungen in bestimmten Demonstrationen, was die Zusammensetzung der Teilnehmer und ihre Ziele angeht, ist unübersehbar.

Die Berufung auf Rosa Luxemburg und ihre Forderung, dass Freiheit die Freiheit des Andersdenkenden sei, ist verstummt.

Wer singt noch die Internationale?

Statt dessen werden Stimmen gegen „das rote Gesindel“, „die Kommunistenschweine“ und die Forderung nach „Vergasung“ laut.

Die Szene gerät zum Tribunal; neue Wahrheitsmonopole melden unduldsam und militant ih-

ren Anspruch an.

Für so manchen profilbeflissenen Politiker schlägt Wende in Wendigkeit um.

Der Neofaschismus fühlt neuen Boden unter den Füßen...

Als anzustrebende politische Rahmenbedingungen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik der PDS in den nächsten Wochen muss deshalb ausgegangen werden von:

1. der Einheit Deutschlands in einem europäischen Haus, ohne dass die ehemalige DDR und ihre Bevölkerung zum Armland werden;
2. einem gemeinsamen Interesse der DDR und der BRD, die Wirtschaft der DDR nicht weiter ausbluten zu lassen und das weitere Abwandern von Menschen in die BRD zu verhindern oder doch wesentlich zu verringern;
3. der PDS in der Rolle der Opposition bzw. in der Minorität in einer möglichen Regierung der großen Koalition.

Notwendig ist ein klares Bekenntnis der PDS zur Marktwirtschaft...

Die PDS muss es sich zum Grundanliegen machen, unter den Bedingungen der Marktwirtschaft Interessenvertreterin der Arbeiter und Angestellten, der Genossenschaftsbauern und der Intelligenz, der Frauen, der Rentner, der sozialer Hilfe Bedürftigen und der heranwachsenden Generation zu sein...

Die Partei des Demokratischen Sozialismus tritt als neue Partei im Wahlkampf an.

Wir verfolgen dabei ein doppeltes Ziel:

Zum einen brauchen wir ein Wahlergebnis, das uns in die Lage versetzt, eine einflussreiche, wirksame Rolle als konstruktive, kompetente und sozialistische Opposition im Parlament zu spielen.

Vom Charakter unserer künftigen Volkskammerfraktion wird entscheidend das weitere Gesicht der PDS in diesem Land sowie das Schicksal der deutschen Linken beeinflusst.

Zum anderen muss der Wahlkampf in den nächsten Tagen und Wochen das Leben und die Politik unserer Partei bestimmen und genutzt werden, um die PDS weiter zu formieren, zu stabilisieren und den inhaltlichen Erneuerungsprozess zu einer modernen sozialistischen Partei konsequent fortzusetzen. [...]

Dokument 5

Aus dem Referat Bernd Meiers auf der 1. Bezirksdelegiertenkonferenz der PDS Frankfurt (Oder) am 21. Februar 1990²⁷

- [...] 1. Das Schicksal der Partei des Demokratischen Sozialismus hängt auf das engste mit dem Wahlkampf und dem Ergebnis zusammen, mehr noch, die Aussichten für eine nennenswerte linke Bewegung in der DDR und in Deutschland überhaupt.
2. Der Wahlkampf bietet die Möglichkeit, unsere Partei neu zu formieren, das Leben in unserer Partei und den Zusammenschluss in den neuen Wohnparteiorganisationen in Gang zu bringen sowie den inhaltlichen Erneuerungsprozess fortzusetzen.
 3. Voraussetzungen für ein ordentliches Wahlergebnis sind unserer Meinung nach

die Tatsachen, dass unsere Partei, die PDS, im Bezirk und in den Kreisen zumindest einen soliden Anblick von Geschlossenheit und innerer Solidarität bieten muss...

Die Erneuerung und Konsolidierung der Partei – ihre wirkliche Entwicklung zur Partei des Demokratischen Sozialismus – ist das Wichtigste auf dem Weg zum 18. März.

Die Fähigkeit zur Erneuerung wird vor allem daran gemessen,

- mit welcher Konsequenz alte Strukturen beseitigt werden,
 - wie wir gute demokratische Politik gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften machen,
 - wie wir von der Basis bis in die Zentrale erneuern
- und schließt für jeden Genossen die Chance ein, sich innerlich zu erneuern und zur Sache zu finden.

Wir sollten aufhören, Existenzkampf gegen uns selbst zu machen, sondern müssen mit der Neuformierung Strukturen schaffen, damit jeder Genosse seine politische Heimat hat.

Die Hauptrichtung dafür ist unumstritten das Wohngebiet, und die Wahlversammlungen brachten zum Ausdruck, wie sehr wir den Austausch und Meinungsstreit mit politisch Gleichgesinnten, das Gefühl der Solidarität und die Gewissheit, dass andere an unserer Seite stehen, brauchen...

Neue Strukturen müssen Ausdruck für neue Inhalte der politischen Arbeit und eines neuen Demokratieverhältnisses sein.

Sie sollten auf jeden Fall folgenden Tatsachen Rechnung tragen,

- dass sich die Bezirksparteiorganisation von 74 000 Mitgliedern im September 1989 auf 29 500 Mitglieder reduziert hat;
- dass wir selbst bei einer schnellen Bildung der Länder auf dem Territorium der DDR noch eine demokratisch gewählte Leitung, die im Land Brandenburg die Interessen des Oderlandes, die Interessen der Genossen aller 11 Kreise vertritt, brauchen;
- dass die Schwerpunkte der Arbeit der Vorstände die Parteizellen im Wohngebiet sind entsprechend einer sehr praktikablen territorialen Gliederung, die ihre politische Wirksamkeit mit konkreten Aufgaben im kommunalen Bereich, entsprechend den ureigensten Interessen vieler Bürger, organisieren,
- eine ständige und wirksame Verbindung mit den Fraktionen der PDS in den Volksvertretungen notwendig ist,
- die kritische Prüfung aller Beschlüsse und Festlegungen in den eigenen Reihen der Parteimitglieder erfolgt sowie
- die Mitarbeit von Genossen in den Bürgerkomitees, am „Runden Tisch“ und in anderen demokratischen Gremien selbstverständlich ist.

Es geht dabei um Sachkompetenz, die die inhaltliche Arbeit der Vorstände voraussetzt...

Wichtig ist auch, dass sich neue Formen des ungezwungenen Gedankenaustausches zu allen interessierenden Fragen entwickeln und dafür Bildungsabende, Bürgerforen, Einwohnerversammlungen genutzt werden.

Warten wir auf keine Einladungen, sondern gehen wir sachlich auf alle entstehenden und bereits wirkenden demokratischen Parteien, Bürgerbewegungen und die Kirche zu...

Das Grundanliegen besteht darin, unsere sich erneuernde Partei als starken Faktor im politischen System zu konsolidieren, den Prozess der Festigung der Parteiorganisationen fortzusetzen, der Neuformierung der Partei weitere Impulse zu geben sowie sich als Wahlpartei zu profilieren...

Jeder Apparat eines Kreisvorstandes ist etwa um 70 Prozent reduziert worden.

Die Anzahl der politischen Mitarbeiter im Bezirksvorstand wurde von 170 auf 35 abgebaut...

Dabei kommt es vor allem darauf an, Fachleute für die ehrenamtliche Arbeit zu gewinnen und die Bedeutung und den Anteil ehrenamtlicher Arbeit prinzipiell zu erhöhen... Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten beinhaltet große Chancen für die Bürger der DDR und der BRD, für Europa und für die Bewältigung globaler Probleme.

In der Vereinigung liegen aber auch große Gefahren.

Die Frage ist, wie soll ein vereinigtes Deutschland aussehen?

Wie soll sich die Vereinigung vollziehen?...

Es ist nicht zu übersehen, dass bei einem ganzen Teil der Bevölkerung des Bezirkes Ernüchterung eingezogen ist, oder besser, ein deutliches Nachdenken setzt ein.

Das machte gestern die Demonstration von etwa 5 000 vorwiegend jungen Leuten in Frankfurt (Oder), welche sich überzeugend für unser Land einsetzen, deutlich...

In der DDR vollzieht sich gegenwärtig ein Wandel der Wirtschaftsordnung.

Wir befinden uns im Übergang zur Marktwirtschaft.

Man muss klar sagen, dass das bisherige zentralistische Kommandosystem der Wirtschaft historisch gescheitert ist.

Sein Scheitern hat gleichzeitig die Grundlage des erreichten sozialen Besitzstandes der Bürger der DDR untergraben.

Es ist auch für die PDS eine historische Erfahrung, dass das zentralistische Kommandosystem der Wirtschaft die Triebkräfte des internationalen Marktes nicht ersetzen kann und der Marktwirtschaft unterlegen ist. Unsere Partei hält daher den Übergang zur Marktwirtschaft ohne Wenn und Aber für notwendig und wird diesen Prozess aktiv unterstützen.

Denn wir gehen davon aus, dass eine Wirtschaft, die Wohlstand für alle Bürger schafft, zuerst eine effiziente Wirtschaft sein muss...

Die PDS will eine effiziente Marktwirtschaft, die sozial und ökologisch wie möglich ist, also eine Marktwirtschaft, die von sozialistischen Grundwerten geprägt ist...

Unter den allgemeinen Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes sieht der künftige Regionalvorstand seine Aufgabe darin, sich dafür einzusetzen, dass das Oderland kein Hinterland wird.

Wir werden dafür eintreten, dass durch die Verantwortlichen eine aktive Strukturpolitik für das Oderland betrieben wird und diese Ziele im Republikmaßstab und im Land Brandenburg eingebracht werden.

Nur eine effektive Struktur von Industrie-, Landwirtschafts- und Dienstleistungsbetrieben, die sich am Markt bewährt, kann Grundlage für sicher Arbeitsplätze bilden.

Alles andere ist illusionär...

Wir sind für die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Stärkung der Klein- und Mittelindustrie, des Handwerks, des Dienstleistungsbereiches einschließlich Tourismus bis hin zur Förderung von Existenzgründungen.

Dies würde die Überwindung von industriellen Monostrukturen fördern, Arbeitsplätze in der Region gegenüber Marktschwankungen absichern helfen.

Ohne auf die Zentrale zu warten, sollten wir eine aktive Beschäftigungspolitik im Oderbezirk und notwendige Umschulungsprogramme mit bezirklichen Potenzen einleiten.

Der Regionalvorstand der PDS wird sich für Maßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern einsetzen, insbesondere mit Partnern in Westberlin, in der BRD als auch in der SU und Polen.

Gerade letzteres darf bei aller Bedeutung der Zusammenarbeit mit dem Westen nicht unter den Tisch fallen.

Die Sowjetunion und Polen sind für uns ein unverzichtbarer Markt.

Die Exportstrukturen und die Effizienz der Exporte sind deutlich günstiger als beim NSW.

Wir wollen, dass das Oderland als Tor zum Osten weiter profiliert wird, was mit Blick auf den riesigen SU-Markt durchaus ein wichtiges Argument für Kapitalanlagen aus dem Westen sein wird...

Auch speziell für das Oderbruch, wo jahrzehntelang traditionelle Gemüseproduktion betrieben wird, sehen wir gute Möglichkeiten, bei Schaffung aller uns bekannten Voraussetzungen für den Binnen- und EG-Markt Produkte mit hoher Qualität zu produzieren..

Die Erneuerung der PDS erhöhte ihre Chancen, sich als linke Kraft im Wahlkampf und am „Runden Tisch“ zu profilieren...

Wie in den Kreisen hat das Arbeitspräsidium der PDS am „Runden Tisch“ des Bezirkes mitgearbeitet.

Thematisch dominierten die Enthüllungen der Machenschaften des MfS und dessen unwiderufliche Auflösung, die Herstellung der Chancengleichheit der politischen Parteien und Gruppierungen im Wahlkampf, die Sicherheitspartnerschaft von demonstrierenden Bürgern und Polizei, Ansätze für eine Bildungsreform, wirtschaftliche und ökologische Probleme und geistig-kulturelle Prozesse.

Als Vertreter der PDS stellten wir uns dem schlimmen Erbe des Sozialismus stalinistischer Prägung, als Vertreter der PDS bemühten wir uns um Entscheidungen im Sinne sozialer Gerechtigkeit und solidarischer menschlicher Beziehungen, im Sinne der Demokratisierung der Gesellschaft und der ungehinderten Entfaltung des einzelnen, plädierten wir für ehrlichen Respekt der sozialen und politischen Gruppen, der Geschlechter und Völker, gegen Nationalismus, Ausländerhass und Diskriminierung von Rassen.

Wir unterstützen Entscheidungen des „Runden Tisches“, wir achten seine Festlegungen.

Dazu zählten u.a.:

1. die vollständige Auflösung der Bezirksverwaltung und der Kreisdienststellen des MfS.
2. Die PDS hat aus moralischen Erwägungen sowie im Sinne ihres Verständnisses von Solidarität und Gerechtigkeit, von Demokratie und Bürgerrecht auf Parteieigentum verzich-

tet...

3. Als Vertreter der PDS unterstützen wir Maßnahmen, die der Gesunderhaltung und Gesundung unseres natürlichen Lebensraumes dienen...

Wir treten dafür ein, dass der „Runde Tisch“ weiterhin von Vertretern der Kirche geleitet wird... Wichtig sind Veranstaltungen mit anderen politischen Parteien und Bewegungen, das fördert den Dialog, baut Berührungängste ab, zeigt Konsensmöglichkeiten im Interesse unseres Landes...

Politikfähigkeit hängt mit dem Wissen um Traditionen und Absichten der PDS, dem Wissen um gesellschaftliche Zusammenhänge und auf Einzelgebieten sowie mit dem Vermögen zusammen, dies überzeugend zu formulieren...

Die Verwaltungsreform wird Ländergrenzen bestimmen müssen, die Bezirke werden aufgelöst.

Das hat politische Konsequenzen.

Das anvisierte „einige“ Deutschland und die Länder-Bildung werfen nicht wenige regionale Probleme auf.

In beiden müssen die Interessen des historisch gewachsenen Oderlandes eingebracht werden...

Der Bezirksvorstand bzw. Regionalvorstand hat als gewähltes Organ die Aufgabe, bei der Vorbereitung der neuen Landesstruktur konkrete Vorschläge auf bezirklicher Ebene einzubringen.

Darauf sollten wir nicht freiwillig verzichten. [...]

Dokument 6

Auszug aus dem Wahlprogramm des Bezirksvorstandes Cottbus der PDS zu den Volkskammerwahlen am 18. März und den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990²⁸

[...] Wir erklären für den 18. März und den 6. Mai und für alle Zeiten:

Wir übernehmen die Verantwortung, die uns durch den Willen der Wähler übertragen wird.

Für unsere linken Ideale eines demokratischen Sozialismus werden wir an jedem Platz eintreten.

Für die Menschen in unserem Territorium:...

Unsere Partei unterstützt die Forderungen der nationalen Minderheit der Sorben zur Pflege ihrer Sprache, Traditionen, Kultur und Kunst und der Mitsprache in den gewählten Volksvertretungen...

Für deutsche Einigung im vereinigten Europa:

Wir sind für ein fortschrittliches, demokratisches konsequent antifaschistisches Deutschland in einer europäischen Friedensordnung. Bedingung dafür ist, dass sich beide Staaten wandeln, die von ihren Bürgern getragenen Werte nicht aufgeben und Eigenständiges einbringen. Wir sind deshalb auch für die Entfaltung der kulturellen, ethischen und natürlichen Eigenheiten unserer Lausitzer Heimat als unverwechselbarer Wert europäischer Kultur sowie die Be-

wahrung vor negativen Folgen des Massentourismus.

Wir sind gegen eine Vereinnahmung von Betrieben des Bezirkes durch transnationale Monopole und sozial unkontrollierte Strukturveränderungen in der Wirtschaft.

Für wirkliche Demokratie und Rechtsstaatlichkeit:

Das heißt für uns vor allem die Verwirklichung des demokratischen Prinzips, alle Macht geht vom Volke aus.

Das erfordert:

- umfassende Ausgestaltung der Grundrechte der Bürger;
- starke, unabhängige und mit Sachkunde wirkende Volksvertretungen als kommunale Selbstverwaltungsorgane;
- wirksame Interessenvertretung der Werktätigen durch freie Gewerkschaften und einflussreiche Betriebsräte;
- Bildung von Interessenorganisationen unterschiedlichster Bevölkerungs- und Berufsgruppen;
- Kündigungsschutz für Arbeitnehmer in den Betrieben und Einrichtungen, für sozial Benachteiligte, insbesondere für kinderreiche Eltern.

Wir sind für die Einführung der Länderstruktur in der DDR unter Berücksichtigung der in den letzten Jahrzehnten gewachsenen Bedingungen.

Dabei sind die Rechte der sorbischen Bevölkerung zu gewährleisten und in einem Nationalitätengesetz festzulegen.

Die Städte und Gemeinden des Bezirkes Cottbus sollten ihre Angelegenheiten im künftigen Land Brandenburg eigenverantwortlich wahrnehmen und ihr individuelles Antlitz weiter ausprägen.

Für eine Marktwirtschaft, die ökonomisch leistungsfähig, ökologisch gesund und sozial gerecht ist:

Wir sind für leistungsfähige Wirtschaftseinheiten aller Eigentumsformen und eine neue Qualität ihrer Zusammenarbeit mit den Territorien und Kommunen im Interesse der Bürger.

Die Dominanz von konkurrenzfähigem, gesellschaftlichen Eigentum betrachten wir als Grundlage gedeihlicher, sozial-ökologischer Entwicklung.

Wir treten ein für eine Strukturpolitik, die eine ausgewogene Entwicklung aller Wirtschaftszweige beinhaltet und die Ansiedlung intelligenzintensiver und zukunftssträchtiger Industrien in der Lausitz fördert.

Unsere Partei sieht in einer neuen Energiepolitik den entscheidenden Ausgangspunkt für die Erhöhung der Attraktivität der Lausitz und für das Wohlbefinden ihrer Bürger.

Unter neuer Energiepolitik verstehen wir die erforderliche umweltschonende Verringerung der Rohbraunkohleförderung, die Durchsetzung der rationellen Energieanwendung in allen gesellschaftlichen Bereichen, den Import umweltfreundlicher Energieträger sowie die Verringerung der Bergbauschutzgebiete, einschließlich vorgesehene Ortsverlagerungen mit dem Ziel des Erhaltes kulturhistorisch wertvoller Siedlungsgebiete, vor allem der der Lausitzer Sorben...

Wir setzen uns ein für die Belebung der traditionsreichen Lausitzer Konsumgüterindustrie, vor

allem der Textil-, Glas- und Möbelindustrie...

Wir sind für verfassungsmäßige Garantien der Ergebnisse der demokratischen Bodenreform sowie den Schutz des genossenschaftlichen und staatlichen Eigentums in der Landwirtschaft...

Für saubere und gesunde Umwelt:

Die PDS hält es für erforderlich, im Zusammenhang mit der Entwicklung aller volkswirtschaftlichen Bereiche spürbare Maßnahmen zum Umweltschutz und für eine leistungsfähige technische und soziale Infrastruktur durchzusetzen.

Noch ist es nicht zu spät, schwerwiegende soziale, ökonomische und ökologische Probleme, die vor allem aus der einseitigen Entwicklung des Kohle- und Energiebezirkes resultieren, zu überwinden.

Wir verlangen von der Regierung im Rahmen des Umweltprogramms dazu klare Entscheidungen im Sinne eines Lastenausgleichs...

Für Chancengleichheit aller beim Zugang zur Bildung, Wissenschaft, dem Gesundheitswesen und Sport...

Für ein freies, offenes und anregendes Kulturleben. [...]

Dokument 7

Schreiben des Vorsitzenden des PDS-Bezirksvorstandes Potsdam Heinz Vietze an den Leiter des Wahlbüros beim Parteivorstand der PDS André Brie mit einer ersten Einschätzung der Ergebnisse der Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990 vom 26. März 1990²⁹

Werter Genosse Brie!

Wir sind in einer ersten Einschätzung der Wahlergebnisse in unserem Bezirk (im Bezirksvorstand und mit den Kreisvorsitzenden) zu dem Ergebnis gekommen, dass die Mehrheit unserer Bevölkerung sich letztendlich

- für die schnelle Einführung der D-Mark und die kompromisslose Vereinigung mit der BRD und
- für freie Marktwirtschaft ohne Wenn und Aber, mit Hoffnungen auf Soziales und Ökologisches

entschieden hat. Das Wahlergebnis ist kein politisches Bekenntnis zur CDU der DDR, sondern zu den Versprechungen Bundeskanzler Kohls zur schnellen Hebung des Wohlstandes für alle DDR-Bürger. Es wird die Hoffnung ausgedrückt, dass er als Regierungschef der BRD dieses Anliegen am schnellsten und besten erfüllen kann.

Neben guten Ergebnissen in den Kreisen Potsdam-Stadt, Brandenburg-Stadt und Königs Wusterhausen liegen die Kreise Brandenburg-Land, Pritzwalk, Kyritz und Wittstock als typische Landkreise unter dem Bezirksdurchschnitt. Dabei zeigen sich Differenzierungen im Stimmverhalten in Städten, Großgemeinden und Dörfern.

Die inhaltliche Orientierung auf die Erhaltung der Resultate der demokratischen Bodenreform und den Ausbau der Selbstverwaltung der Genossenschaften hat sich offensichtlich nicht als

ausreichend erwiesen.

Die ungünstigen Produktionsbedingungen der Landwirtschaft im Bezirk (Bodenwertzahlen überwiegend zwischen 18 und 23) führten dazu, so schätzt z.B. der Kreisvorstand Brandenburg ein, dass die Bauern die schnelle D-Mark gewählt haben, um mit ihrer Hilfe die Konkurrenzsituation besser zu beherrschen (Kauf von Ausrüstungen und Anlagen).

Erkennbar sind erste Tendenzen der Aufgabe von landwirtschaftlichen Nutzflächen zugunsten des Aufbaus anderer Strukturen (Golfplätze, Reitställe, Supermärkte). Damit wird die Hoffnung auf neue Arbeitsplätze verbunden und wohl auch realisiert.

Die Zahl von vorbereitenden Wahlveranstaltungen unserer Partei in den Dörfern war nicht ausreichend, damit konnte u.a. auch der neue Charakter der PDS nicht deutlich herausgearbeitet werden. Das Misstrauen gegenüber der durch die SED betriebenen Agrarpolitik belastete den Wahlkampf der PDS auf dem Lande in starkem Maße.

Als zusätzliche Einschränkung der Aktivitäten auf dem Lande erweist sich der geringe Organisationsgrad. In vielen Dörfern gibt es keine Basisorganisationen der PDS mehr, was unsere Aktionsfähigkeit zusätzlich behindert.

Wir gehen davon aus, dass vor allem im Kommunalwahlkampf unsere Aktivitäten in den Dörfern verstärkt werden müssen.

In den Arbeiterzentren wird die PDS vielfach nach wie vor mit den Machenschaften der Führung der alten SED in Verbindung gebracht. Enttäuschung über das Verhalten ehemaliger SED-Führer beeinflusste das Wahlergebnis zu unseren Ungunsten.

Das Politikangebot der PDS wird in sehr unterschiedlicher Art und Weise aufgenommen. Das Spektrum reicht von formaler Ablehnung bis zur aufmerksamen Kenntnisnahme. [...]

Literaturhinweise

¹ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 94.

² Referat Gregor Gysis auf dem Außerordentlicher Parteitag. In: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin. Herausgegeben von Lothar Hornbogen/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan. Dietz Berlin 1999, S.51.

³ Bernd Meier auf der 1. Bezirkskonferenz der PDS Frankfurt (Oder) am 21. Februar 1990. In: LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 149.

⁴ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand Heinz Vietze Nr. 54.

⁵ Später Osten

⁶ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand Heinz Vietze P 21.

⁷ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 167.

⁸ Uwe Thaysen: Der Runde Tisch. Oder: wo blieb das Volk. Der Weg der DDR in die Demokratie, Opladen 1990, S.137.

⁹ MV vom 4. und 5. Dezember 1989.

¹⁰ MV vom 14. Februar, 3. und 12. März 1990.

¹¹ Bernd Meier auf der 1. Bezirkskonferenz der PDS Frankfurt (Oder) am 21. Februar 1990. LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 149.

¹² LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand Heinz Vietze Nr. 98.

¹³ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 167

¹⁴ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 167

¹⁵ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 94.

¹⁶ Am 13. Januar 1990 beschloss das Präsidium des Parteivorstandes der SED/PDS die Abgabe von parteieigenen Betrieben, Gästehäusern und Erholungsheimen bis zum 30. Juni 1990. Siehe dazu u.a. Chronik der PDS. 1989 bis 1997. Berlin 1998, S. 14.

¹⁷ Hans-Jürgen Akuloff absolvierte von 1965 bis 1968 eine Berufsausbildung mit Abitur im Stahl- und Walzwerk Brandenburg und war, nach einem Studium an der Bergakademie Freiberg, als Ingenieurökonom wieder dorthin zurückgekehrt. Ab 1973 begann er seine Laufbahn als Mitarbeiter im FDJ-und Parteiapparat.

¹⁸ Der „Sputnik“ war ein sowjetischer Diggest auch in deutscher Sprache. Im Heft 10/1988 erschienen mehrere kritische Artikel zu Stalin. Das Heft wurde in der DDR nur noch zum Teil

ausgeliefert und am 19. November 1988 von der Postzeitungsliste gestrichen. In einer Mitteilung im ND vom gleichen Tag hieß es, dass die Zeitschrift keinen Beitrag zur Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft leiste und verzerrende Beiträge zur Geschichte bringe. Am 20. November 1989 kam der „Sputnik“ wieder in den Postzeitungsvertrieb.

¹⁹ Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. Dezember 1989 in Berlin

²⁰ Rede Michael Schumanns auf dem Außerordentlichen Parteitag. In: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin. Herausgegeben von Lothar Hornbogen/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan. Berlin 1999, S.178ff.

²¹ Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode, Drucksache 1/3098. Entschließungsantrag von 5 Abgeordneten zum Bericht des Untersuchungsausschusses 1/3 (Drucksache 1/3009). Die Abgeordneten waren Wolfgang Birthler, Siegfried Lietzmann, Rolf Wettstädt, Dr. Peter-Michael Diestel und Prof. Dr. Michael Schumann.

²² LV Brandenburg, Archiv, Bestand LV Nr. 93/2.

²³ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 164

²⁴ Bezirksrevisionskommissionen bestanden bis zu den ersten Bezirkskonferenzen im Februar 1990. Mit dem ersten Statut der PDS vom Februar 1990 war den Schiedskommissionen die Funktion eines ehrenamtlich tätigen Kontrollorgans auf dem Gebiet der Parteifinanzen übertragen worden. Anfang 1992 wurden, in Übereinstimmung mit dem neuen Statut und der Finanzordnung der PDS, Finanzrevisionskommissionen gewählt und damit die Aufgabe der Finanzkontrolle aus den Schiedskommissionen herausgelöst.

²⁵ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 167

²⁶ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 94

²⁷ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 149.

²⁸ LV Brandenburg, Archiv, Bestand LV Nr. 92.

²⁹ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand Heinz Vietze Nr. 98.

